

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Röhligstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilprolet Berlin

Verenigt seid ihr nichts — Verenigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27
Magazinstraße 6/7 II (Bolschewikstr. 5386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Textilarbeiterlöhne und Schlichtungsstellen. — Stille Textilmesse in Leipzig. — Dividenden und Löhne. — Gewerbehigiene und Unfallversicherung (IV). — Rockmals der „Konfektionär“ und der Textilarbeiterverband. — Frauen-, Jugend- und Betriebsräte. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Februar 1925. — Aus den Gewerkschaften. — Berichte aus Fachkreisen. — Anzeigen.
Beilage: Kommunistische Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen. — Wählt keine kommunistischen Betriebsräte! — Die Entwicklung der deutschen Textilarbeiterorganisationen von 1914 bis 1924. — Berichte aus Fachkreisen.

Textilarbeiterlöhne und Schlichtungsstellen.

Die Textilindustrie gehört zu jenen Zweigen der Privatwirtschaft, die durch die Inflationsperiode reichlich verdienten und die letzte Periode der Inflation am besten mit überstanden haben. Die Textilindustrie hat auch in der Zeit der schlimmsten Marktentwertung im Jahre 1923 keine Substanzverluste erlitten. Diese Tatsache versteht sie in die glückliche Lage, daß sie trotz des überaus schlechten Geschäftsganges im Jahre 1924, trotz der allgemeinen Geldknappheit und des hohen Zinsfußes für Leihkapital, den Aktionären für das abgelaufene Geschäftsjahr durchweg recht ansehnliche Dividenden überweisen konnte. Wenn auch die Dividende nicht allein maßgebend ist zur Beurteilung des Geschäfts- und Gewinnergebnisses, so ist sie aber doch im allgemeinen betrachtet ein gewisser Maßstab für die Rentabilität der in der Textilindustrie investierten Kapitalien.

Ganz anders ist natürlich die Lage der Textilarbeiterschaft zu beurteilen, sie befindet sich im direkten Gegensatz zu diesem allgemein günstigen Wirtschaftsergebnis der Textilindustrie. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ im 2. Februarheft 1925 einen Aufsatz über: „Tariflöhne im Januar 1925“, welcher zeigt, daß von den acht hauptsächlichsten Wirtschaftszweigen der deutschen Industrie die Textilarbeiter die niedrigste Entlohnung erhalten.

Arbeitergruppen	Gelernte				Ungelernte			
	Stundenlohn	Wochenlohn bei regelmäßiger Arbeitszeit						
	Dez. 1924	Jan. 1925						
Werkarbeiter	90	90	43,88	43,88	58	58	31,62	31,62
Wagnerarbeiter	86	86	11,06	41,20	72	78	31,57	34,68
Werkarbeiter	78	79	36,97	37,11	65	65	30,69	30,72
Metallarbeiter	78	74	35,04	35,52	51	52	24,48	24,96
Textilarbeiter männlich, ledig	56	56	26,88	26,88	45	45	21,00	21,00
Textilarbeiter weiblich, ledig	40	40	19,20	19,20	32	32	15,36	15,36
Facharbeiter								
chem. Industrie	68	71	32,64	34,08	59	61	28,82	29,28
Papierherstellung	58	55	25,41	26,13	48	50	23,04	24,00
Druckerei, verh.	80	80	38,37	38,37	70	70	33,48	33,48
Metallverh. Eisenbahnarbeiter	67	67	36,18	36,18	52	52	28,08	28,08
Durchschn. (gew.)	74,3	75,8	36,52	36,71	58,5	64,1	27,69	27,95

Die Lohnunterschiede sind ganz bedeutend. Die Textilarbeiterschaft steht weit unter dem Durchschnitt der Löhne im allgemeinen. Die Löhne der Textilindustrie an sich, gemessen an den Preisen für Nahrungsmittel und sonstige Aufwendungen, garantieren nicht die allergeringste Existenz. Es sind tatsächlich Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes. Es ist aber nicht der geringste Grund vorhanden dafür, daß die Textilindustrie ihre Arbeiterschaft mit so niedrigen Löhnen abfertigt. Bis vor Jahresfrist bewegten sich die Löhne der Textilarbeiter im Rahmen der üblichen Löhne der Arbeiter aller Industrien. Daß sie seit dieser Zeit so weit zurückgegangen sind, ist lediglich eine Folge der schlechten Geschäftskontunktur, die die Unternehmer in der schäblichsten Weise zum Lohnrückgang ausgenutzt haben. Es ist ganz klar, daß diese Lohnpolitik zu Explosionen führen muß, wenn die Unternehmer nicht bald einlenken und der Textilarbeiterschaft Löhne zugestehen, die ihnen tatsächlich eine Existenz garantieren. Die Lage der Textilarbeiter ist unhaltbar geworden.

Daß die Löhne der Textilarbeiter soweit absinken konnten, wirkt ein ganz bedenkliches Licht auf die Schlichtungsstellen. Wir sprechen es hier offen aus, daß die Textilarbeiter mit den Schlichtern die schlechtesten Erfahrungen gesammelt haben. Auch Schlichter, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, fallen oft Schiedsprüche, die als Faustschläge in das Gesicht der Textilarbeiterschaft empfunden werden müssen. Wir wollen es uns hier versagen, einzelne Schiedsprüche herauszugreifen; sind aber gerne bereit, wenn es gewünscht wird, diese Unterlassung noch nachzuholen, um zu zeigen, wie unverantwortlich die Schlichter oftmals gegenüber der Textilarbeiterschaft gehandelt haben. Die Schlichter tragen allzu leicht den unwahren Einwendungen der Unternehmer-Syndizi Rechnung. Wir wollen hier nur auf ein Beispiel verweisen. In Berlin war der Schlichtungsausschuß zur Fällung eines Schiedspruches angerufen worden. Die Löhne standen weit unter den im Reich gezahlten Löhnen der Textilarbeiter. Die Unternehmer wandten ein, daß höhere Löhne für sie nicht tragbar wären. Dieser durch nichts bewiesene Einwand genügte dem Schlichtungsausschuß-Vorsitzenden, mit den Arbeitgebern zu stimmen und die Forderung der Arbeiter abzulehnen. Die Unternehmer aber selbst zahlten dann Löhne, die über diesen Schiedspruch weit hinausgingen, ohne daß sie tariflich dazu verpflichtet waren. Der Zweck der Übung war, durch die Einsetzung niedriger Tariflöhne eine lohnrückende Tendenz auszuüben. Der Schlichtungsausschuß-Vorsitzende in Berlin hat sich durch die Angaben der Unternehmer täuschen lassen,

wie dies so oftmals vorkommt. Die Unternehmer und deren Syndizi scheuen sich nicht, vor dem Schlichtungsausschuß das Blaue vom Himmel herunter zu behaupten, weil sie wissen, daß die Schlichter in der Regel den wahrheitswidrigen Behauptungen der Unternehmer Glauben schenken.

Die Geschäftsergebnisse der Textilindustrie im Jahre 1924 müßten die Schlichter und jedenfalls auch das Reichsarbeitsministerium veranlassen, endlich dahin zu wirken, daß den Wünschen und Forderungen der Textilarbeiterschaft mehr als bisher Rechnung getragen wird, damit die Textilindustrie nicht wieder den traurigen Ruhm erlangt, daß in ihr die niedrigsten Löhne gezahlt werden.

Ein hoher Lohn liegt im Interesse der Textilindustrie. Nur durch einen höheren Lohn ist die Gewähr gegeben, daß Qualitätsarbeiter in der Industrie festgehalten werden, mit denen die Möglichkeit gegeben ist, Qualitätsarbeit zu leisten. Gerade die niedrigen Exportziffern weisen darauf hin, daß nur durch Qualitätsarbeit der Export gehoben werden kann. Die Textilindustrie ist ein recht wichtiger Wirtschaftsfaktor in der deutschen Wirtschaft. Es darf nicht zugegeben werden, daß durch die Profitgier und kurzichtiges Handeln der Unternehmer dieser Industriezweig verkümmert. Es ist deshalb notwendig, daß jene Stellen, die dazu berufen sind, durch ihre Einwirkung das Lohnniveau so zu gestalten, daß es für die Arbeiterschaft erträglich wird, mehr Verständnis zeigen als die Textilindustriellen selbst. Wir wissen sehr wohl, daß man nicht alles vom Schlichter erwarten kann. Er hat zweifellos die Einwände der beteiligten Kreise zu beachten. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß er sein Tun und Handeln nach eigenem Ermessen auf Grund der allgemeinen Ergebnisse der Wirtschaft und der Industriezweige einstellt. Wenn der Schlichter die Gewinnergebnisse der Textilwirtschaft einer größeren Beachtung unterzieht, dann dürfte es ihm nicht schwer fallen, bei der Fällung von Schiedsprüchen den Forderungen der Textilarbeiterschaft in erhöhtem Maße Rechnung zu tragen. Es ist höchste Zeit, daß endlich dahin gewirkt wird, daß die Löhne der Textilarbeiter wieder mit den Löhnen der übrigen Arbeiterschaft konform laufen. Es kann nicht eingewandt werden, daß die niedrigen Löhne der Textilarbeiter dadurch gerechtfertigt seien, weil die Textilindustrie nicht zu den gelernten Berufen zählt. Ein solcher Einwand wäre hinfällig, und zwar aus dem Grunde, weil die Textilarbeiter, ehe sie in die Facharbeitergruppe eingereiht werden, für welche der höchste Textillohn gilt, zehn und mehr Jahre in anderen Sparten gearbeitet haben müssen, in welchen weit niedrigere Löhne gezahlt werden. Die Facharbeiter der Textilindustrie haben eine recht lange Lehrzeit zu durchlaufen, ehe sie als Facharbeiter bezeichnet werden können und Anspruch auf die höheren Tariflöhne haben.

Die Schlichtungsstellen, die dazu geschaffen sind, dem Wirtschaftsfrieden zu dienen, müssen beachten, daß es jetzt höchste Zeit ist, von den bisherigen Wegen, die sie gegangen sind, abzuweichen und Wege einzuschlagen, durch welche dieses Lohnelend der Textilarbeiterschaft endlich beseitigt wird. Geschieht dies nicht, dann sind die Schlichtungsstellen die eigentlichen Verantwortlichen für das, was sich aus den niedrigen Löhnen ergibt.

Stille Textilmesse in Leipzig.

Von Friedrich Dill.

Vor der Leipziger Textilmesse 1925 hatte man, zum mindesten in den Kreisen der Aussteller, angenommen, daß mit der Herbstmesse 1924, die ja noch unter den unmittelbaren Auswirkungen der Kreditdröselungen stand, der Tiefstand des Geschäfts erreicht worden wäre. Man hatte sich getäuscht: Der geschäftliche Erfolg im März 1925 ist noch zweifelhafter und unbefriedigender als im Herbst. Es hat auf der Leipziger Frühjahrsmesse Verkäufer gegeben, die kaum einen einzigen Bruchteil der Aufträge buchen konnten, die sie vor einem halben Jahr mit nach Hause genommen hatten. So sind z. B. die süddeutschen Firmen, u. a. zahlreiche württembergische Aussteller, fast ohne Aufträge geblieben. Wo das Geschäft ein wenig besser ging, in der Strumpfabrik, teilweise in Baumwollwaren, leichten Sommerartikeln, Damenmänteln, Kasackkleidern, Kasackblusen, billigem elassischen und Wexaner Cheviot, weichen Strickwaren, Knabenkonfektion usw., handelte es sich durchweg um Kleinorders. Sie wollen nichts besagen gegen die fast gar nicht vorhandene Nachfrage nach Wirkwarenfabrikaten, Herrenkonfektion, Seidenstoffen usw. Inland und Ausland fielen in gleichem Maße als Käufer aus. Soweit der ausländische Käufer in Erscheinung trat, sollen Aufträge aus den englischen Kolonien zu verzeichnen sein. Auch mögen aus Holland und Belgien Bestellungen abgegeben worden sein. Möglichkeit bestand auch, Ware nach den osteuropäischen Staaten abzugeben, wovon aber auf Grund schlechter Erfahrungen mit dem Zahlungseingang meistens Abstand genommen wurde. Wenn man weiter berücksichtigt, daß vor allem der amerikanische Käufer fehlte bzw. mit Aufträgen zurückhielt, wird erklärlich, daß schon am Mittwoch, dem dritten Tag der Messe, bei den Ausstellern die größte Neigung herrschte, sobald als möglich einzupacken. Diese Stimmung ist wohl das beste Charakteristikum der Leipziger Textilmesse 1925.

Da die Leipziger Messe ein traditioneller Faktor für die Gestaltung unseres Arbeitsmarktes und die Belebung unseres Exportes ist, wird es schon unumgänglich sein, den Gründen des Fiaskos nachzuspüren. In erster Linie erweckt die zurückgehende Textilausfuhr lebhaftes Bedenken. Für diese Erscheinung werden mehr oder weniger stichhaltige Gründe angegeben. Festzustellen ist vorerst mal, daß nach deutschen Textilien im Auslande immer noch Nachfrage besteht. Es liegt auch nicht an der Kreditgewährung, wenn diese Nachfrage leider nicht durch die deutsche Textilindustrie befriedigt wird. Die Zeiten sind wohl zum größten Teil vorüber, wo der deutsche Textilfabrikant oder Händler nicht in der Lage war, ähnliche Kreditbedingungen zu gewähren, wie sein ausländischer Konkurrent, oder sich einbildete, mit seinen Verbandskonditionen im Auslande durchdringen zu können. Ganz allgemein bemies die Frühjahrsmesse in Leipzig, daß gerade die Textilkonditionen nur auf dem Papier standen, wenn bar oder schnell gezahlt werden konnte. War das der Fall, so waren die Verkäufer gern bereit, den Stontofag ganz erheblich zu erhöhen. Auch der Preis für deutsche Textilien kann nicht die Hemmung für den Export bedeuten, wie man lange Zeit annahm. Wo in Textilien

nach dem Auslande abgeschlossen wurde, wurde zu weit billigerem Preis, zu sogenanntem „gedrücktem“ Preis verkauft. Der Ausgleich des billigeren Auslandspreises durch den höheren Inlandspreis ist, was bereits für die Preisbildung bei uns und den Inlandsmarkt von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist, feste im Gang. Wenn deutsche Textilien dennoch nicht im gewünschten Maße ins Ausland gehen, so hat das u. a. noch folgende Ursachen: Lander wie Frankreich sind infolge des noch bestehenden Unterschieds zwischen der höheren inländischen Kaufkraft und der niedrigeren Bewertung ihres Geldes vorläufig, wie wir einstmals in den Anfangstagen der Inflation, noch in der Lage, weiter unter „gedrücktem“ deutschen Preis zu verkaufen. Dazu treten die Zölle, die z. B. für die Ausfuhr deutscher Wollartikel Hemmungen darstellen. Beide Ursachen werden früher oder später wegfallen. Bleiben aber wird die Tatsache, daß unserer Textilindustrie in der ganzen Welt während der letzten 10 Jahre eine Konkurrenz erwachsen ist, die man betriebe nur nicht etwa geringfügig als Kriegsindustrie bezeichnen soll. Dafür ist sie zu gefährlich geworden. Hier heißt es — und das gilt für die deutschen Textilmaschinenfabrikanten, die in Leipzig gerade nichts Ueberwältigendes zeigten — Besseres leisten. Verfehrt wäre vor allem eine Zollpolitik, die Weltmarkt und den Antrieb zur Vervollständigung der deutschen Textilarbeit verhindern dürfte.

Mannigfaltiger sind schon die Gründe, durch die man das Fiasko im Inlandsablaß erklären will. Es mag stimmen, daß heute wieder 70 bis 80 Proz. der Textilaufträge auch aus dem kleinsten Dorf über den Provinzreisen laufen und daß z. B. Warenhäuser, ähnlich wie die Einkaufsmonopole des Auslands, sich jener Einkaufszentralen bedienen, die das Geschäft an Ort und Stelle tätigen. Zutreffen wird auch, daß die vielen Veranstaltungen, z. B. die Berliner Textilmesse — von den 17 Proz. der Leipziger Aussteller, die aus Berlin kommen, vertreten sehr viele die mächtige Berliner Konfektion — der Leipziger Textilmesse Abbruch tun, so daß diese dieses Mal bedenklich, soweit der Abnehmer in Frage kommt, das Gepräge einer mitteldeutschen Lokalmesse zeigt. Das Geschäft hat auch zweifellos unter der milden Witterung des Winters gelitten, wodurch viele Detaillisten auf sogenannten Labenütern sitzen und Wechselstunden laufen haben. Aber auch hier war man in Leipzig, wenn der Abnehmer trotz Wechselprolongationen gut war, bereit, weit über das übliche Zahlungsziel von 60 Tagen hinauszugehen. Wenn nicht gefaßt wurde, liegt es hier durchaus am Preis. Wir haben in Deutschland so teure Textilien, daß Einkäufer behaupten — man denke an die gedrückten Auslandspreise — in Amsterdam ab holländische Grenze billigere deutsche Textilien kaufen zu können als in Berlin und Leipzig. Selbst wenn das nicht auf alle Textilien zutreffen sollte, ändert das nichts an folgender Tatsache: Unternehmertum und Regierung betreiben heute eine Preispolitik, durch die 1. Kapital neu gebildet, 2. der niedrigere Auslandspreis ausgeglichen werden soll. Angesichts der doppelten Belastung in der Refaktuation des Inlandspreises ist es trotz des niedrigen Lohnes und der Qualität des deutschen Textilarbeiters kein Wunder, wenn der Verbrauch das Angebot nicht aufnehmen kann. Er beschränkt sich eben im Verbleib und begnügt sich im übrigen mit schlechteren Qualitäten. Im Grunde genommen ist aber die schlechte Qualität die teuerste Ware, und auch von einem forcierten Abjaß schlechter Ware ist für die Ueberwindung der Kaufkraftkrise nichts zu erwarten, da ja die Ware am wenigsten gekauft wird, die sich vom Rohprodukt am weitesten entfernt hat, wodurch sich der Schluß auf den Arbeitsmarkt von selbst ergibt. Das trifft um so mehr zu, weil die deutsche Fabrikation, wie Leipzig beweist, sich völlig auf die Herstellung minderer Qualitäten umgestellt hat, die man z. T. ruhig mit dem Wort Schund bezeichnen kann. Wie man so den Export steigern und die Absatzkrise im Lande überwinden will, wird das Geheimnis der Vater jener Politik bleiben, die durch gedrückte Auslands- und Kapitalneubildungspreise gekennzeichnet wird.

Das sind die Lehren der Leipziger Frühjahrsmesse 1925 für die Textilindustrie. Sie sind so ernst, daß sie wohl schon Beachtung verdienen.

Dividenden und Löhne.

Die deutschen Unternehmer hatten es nicht mit der biblischen Legende, daß auf sieben fette Jahre sieben magere folgen müßten. Für das deutsche Kapital waren die Kriegszeit und die Zeit der Inflation im allgemeinen eine gesegnete Zeit, und nur das Jahr 1923 trug auch in die besitzenden Klassen Beunruhigung hinein. Aber die Stabilisierungsstrife des vorigen Jahres ist vorbeigegangen, ohne daß sie für das Kapital ernstere Folgen gehabt hätte; gewiß sind manche Unternehmungen zugrundegegangen, die in den Jahren der Papiermark eine Scheinrenten führen konnten, andere müßten ausländische Kredite in Anspruch nehmen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten; überblickt man jedoch die Gesamtheit der deutschen Privatwirtschaft, so kann nicht geleugnet werden, daß sie es verstanden hat, ihre Substanz auch in der schwierigsten Zeit zu erhalten. Allerdings auf Kosten des Staates, des alten Mittelstandes, der Massen der werktätigen Bevölkerung.

Welches ist der beste Maßstab zur Beurteilung des Wertes eines Unternehmens? Sein Reinertrag, bei den Aktiengesellschaften die Dividende. Es mag vorkommen, daß sonst gut fundierte Werke keine Dividende ausschütten; aber das kann nur ein vorübergehender Zustand sein, das Kapital hätte seinen Zweck verfehlt, wenn „der Schornstein nicht raucht“, das heißt, wenn das Unternehmen keinen Gewinn abwirft. Nun werden zurzeit die Abschlüsse derjenigen Aktiengesellschaften veröffentlicht, für die das Kalenderjahr 1924 zugleich das Geschäftsjahr ist. Und was zeigt sich? Fast durchweg werden wieder recht anständige Dividenden ausgeschüttet! Die Aktionäre behaupten zwar zum Teil, das sei nur dadurch erreicht worden, daß man sie geschädigt hatte, indem man bei der Umwandlung des Papiermarktkapitals in Goldmarkkapital zu stark vorgegangen sei und die Gelegenheit vielfach benützt habe, um die Unternehmungen zu sanieren. Das stimmt aber zumeist mit den Tatsachen nicht überein, denn oft genug kann man in den Geschäftsberichten lesen, daß es gelungen sei, die Substanz zu erhalten, ja, sie sogar noch zu vermehren.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat kürzlich eine tabellarische Uebersicht über die bisher veröffentlichten Geschäftsabschlüsse veröffentlicht. Als geschlossene Gruppen konnten bisher nur die Textilunternehmungen und die Banken berücksichtigt werden, in der dritten Gruppe sind verschiedenartige Unternehmungen zusammengestellt. Rechts sind die letzten Vorkriegsdividenden beigefügt, bei Gesellschaften aus der Inflationszeit das Gründungsjahr.

Textilunternehmungen.

	1924	1913/14
1. Mechanische Weberei Linden	15	20
2. Rheinische Wollstoffweberei, Barmen	14	9
3. Concordia Spinnerei u. Weberei, Bursfelde	13	5
4. Württemb. Baumwollspinnerei u. Weberei	12,5	9
5. Bachmann u. Ladewig	12	9

Wirtschaftsfriedliche und Kommunisten sind Feinde der Arbeiterschaft. Deshalb gibt jeder seine Stimme der Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes

6. Baumwollspinnerei am Stadtb., Augsburg	1924	12	10
7. Baumwollspinnerei Augsburg		10	7
8. Mechanische Weberei Fischen		10	17 1/2
9. Leipziger Baumwollspinnerei		10	15
10. Weberei und Spinnerei Rottum		10	0
11. Spinnerei und Buntweberei Pforzheim		10	8
12. Baumwollspinnerei Unterhausen		10	6
13. Augsburger Buntweberei vorm. Riedinger		10	8
14. Süderei Plauen		8	0
15. Hornfärberei Spinnerei und Weberei		7	3 1/2
16. Leipziger Wollkammerei		6	8

Banken.			
1. Handels- u. Verkehrsbank A.-G., Hamburg	12	6	
2. Spar- und Gemeinbank A.-G., Leipzig	12	1923	
3. Berliner Handelsgesellschaft	10	8,5	
4. Deutsche Unionbank	10	1922	
5. Plauener Bank A.-G.	10	5	
6. Mecklenburg. Depositen- u. Handelsbank	10	7	
7. Roggenrentenbank	10	—	
8. Baukammer Bank	10	—	
9. Würzener Bank	10	—	
10. Mitteldeutsche Kreditbank	8	6,5	
11. Preussische Pfandbriefbank	8	6	
12. Bank des Berliner Kassenvereins	8	6	
13. Berliner Hypothekbank A.-G.	7	4 1/2	
14. Frankfurter Bankverein A.-G.	7	1922	
15. Deutsche Verkehrsbank a. G.	6	1922	

Verschiedene.			
1. Ber. Strohhutfabriken A.-G., Dresden	18	4	
2. Deutsche Warenhandlung A.-G., Hamburg	16	1920	
3. Prestowerte Chemnitz	12	0	
4. Rheinische Spiegelglasfabrik Edamp	12	10	
5. Sächsische Emailier- und Stanzwerke	10	—	
6. Braunschw. Kohlenbergwerke (Rhein-Elbe)	10	12	
7. Kuberoidwerke Hamburg	8	6	
8. Excelsior Fahrradwerke Brandenburg	8	10	
9. Ise Bergbau	8	26	
10. Glas- u. Spiegelmanufaktur Gelsenkirchen	8	6	
11. Wandererwerke Schöneweide	7	20	
12. J. P. Kayser Sohn A.-G.	7	1923	
13. Wegelin u. Hübener	6	9	
14. Viktoria-Werke A.-G.	6	4	
15. A.-G. Gerresheimer Glashüttenwerke	6	8	
16. Braunschweiger Portlandzementwerke	6	2	
17. Unioverum Film A.-G.	6	1917	
18. Wandsbeker Lederfabrik Hamburg	6	6	
19. Kaiserbad Schmiedeberg	5	6	
20. Deutscher Eisenhandel A.-G.	5	8	
21. B. Boland A.-G.	5	6	
22. Hönig A.-G. für Braunkohlenverwertung	5	6	
23. Bierbrauerei Müser Langendree	5	8	

Jahre 1913 34,35 Mt., im Oktober 1924 36,48 Mt. Er ist also um etwa 6 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Der Wochenlohn für ungelernete Arbeiter betrug 1913 24 Mt., Oktober 1924 27,48 Mt. Die Steigerung beträgt hier 14 Proz. Dagegen sind die Kosten für die Lebenshaltung gleichfalls nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes um 22,5 Proz. gestiegen. Der Reallohn des deutschen Arbeiters steht also wesentlich niedriger als in der Vorkriegszeit.

Es ist demgegenüber bemerkenswert, daß sich in fast allen anderen Ländern bei fast allen Arbeiterkategorien der Lohn erheblich gesteigert hat. Nehmen wir England: Dort verteuerte sich die Lebenshaltung um 75 Proz., der Lohn in der Baumwollindustrie stieg dagegen um 85 Proz., in der Wollindustrie um 122 Proz., in der Schuhindustrie um 114 Proz. In Holland verteuerte sich die Lebenshaltung um 40 Proz. Der Lohn für Kohlenbauer stieg um 100 Proz., für Bauarbeiter um 161 Proz., für Bauhilfsarbeiter sogar um 206 Proz. In der Schweiz war die Lebenshaltung 1923 um 66 Proz. gestiegen. Die Löhne für Maurer stiegen um 111 Proz., für Metallarbeiter um 88 Proz. höher als vor dem Kriege. In den Vereinigten Staaten war 1924 die Lebenshaltung um 70 Proz. teurer als in der Friedenszeit. Die Löhne dagegen waren gestiegen bei Maurern um 102 Proz., in der Eisenindustrie um 96 Proz., bei Maschinisten um 115 Proz., bei männlichen Rahmenspinnern um 210 Proz., bei weiblichen Rahmenspinnern um 199 Proz., bei weiblichen Webern um 232 Proz. Wir haben hier nur einige Löhne von repräsentativen Arbeitergruppen der einzelnen Länder angegeben. Immerhin kann gesagt werden, stellt dazu der „Hamburger Wirtschaftsdienst“ fest, daß in nahezu allen Ländern eine Steigerung der Reallohn eingetreten ist, welche bis zu einem Drittel (englische Textilindustrie, spanische Metallindustrie, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten), bis zur Hälfte (Tschechoslowakei, Dänemark) und höher bis 100 v. H. (Schweden, Holland) der Vorkriegslohn geht.

Aus alledem ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die deutschen Arbeiter noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten haben, um ihre Löhne nicht nur mit den Kosten der Lebenshaltung in Einklang zu bringen, sondern darüber hinaus zum mindesten auf das gleiche Niveau wie ihre Arbeitskollegen im Ausland zu kommen. Das verflozene Jahrzehnt war für die werktätige Bevölkerung Deutschlands eine Reihe von Hungerjahren. Nunmehr verlangt sie, daß auch ihr Lebensinteresse, das Interesse des lebendigen Menschen, mindestens ebenso gewahrt wird wie das Interesse des Kapitals, das ohne die Leistungen der Arbeiterklasse ein toter Begriff bleiben muß. Eugen Prager.

Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

Von Dr. Georg Wolff.

IV.

Nach dieser Uebersicht über die verschiedenen Arten der Gefährdung des Arbeiters im Gewerbeleben wollen wir uns nun noch der Hygiene des Fabrikgebäudes selbst zuwenden und damit auch die letzte Gruppe von gewerblichen Gesundheitsgefährdungen berühren, die von der Art und den hygienischen Einrichtungen der Arbeitsstätte unmittelbar abhängen; das sind die Betriebsunfälle, deren Ursachen und Wirkungen außerordentlich mannigfaltig sind. Bevor wir auf dieses bedeutungsvolle Gebiet zu sprechen kommen, wollen wir ein paar Worte über die Fabrikhygiene im allgemeinen vorausschicken. Hierhin gehört vor allen Dingen die Berücksichtigung der Feuergefahr bei den Betrieben verschiedenster Art. Einige Betriebe erfordern wegen Bearbeitung besonders feuergefährlicher Stoffe erhöhte Aufmerksamkeit und spezielle Vorrichtungen, wie Fabriken, in denen Zellulose verarbeitet wird, Gummifabriken, Wachsraffinerien und ähnliche Betriebe, die mit Benzin oder Schwefelkohlenstoff als Extraktionsmitteln zu tun haben, und noch zahllose mehr. Schon die Anlage und Bauart der Fabriken erfordert hier besondere Maßnahmen, ebenso die Bereitstellung geeigneter Löschvorrichtungen und Feuerwehren. Die Betriebe sind gehalten, besondere Wert darauf zu legen, aufzuhängen, in denen die Maßnahmen bei Feuergefahr deutlich vermerkt sind, und die Arbeiter stets wieder darüber zu unterrichten.

Die Belichtung und Belüftung der Arbeitsräume, ferner deren Lüftung und Heizung sind ebenfalls bei der Fabrikhygiene nicht zu vernachlässigen. Die Gewerbeordnung der meisten Länder hat als Quadratmeter für den Arbeiter 10 Kubikmeter, eine Bodenfläche von 2 Quadratmeter und eine Höhe von 3 Meter als Minimalforderung vorgeschrieben, bei mindestens dreimaligem Luftwechsel in der Stunde. Diese Mindestforderungen werden in der überwiegenden Menge aller Betriebe bei weitem überschritten, auch wenn die Arbeitsräume nicht durch giftige Gase oder Staubaufwirbelung noch besonders gefährdet sind. Die neuzeitliche Hygiene hat den Arbeitgebern gezeigt, daß es mindestens ebenso sehr in ihrem Interesse wie in dem der Arbeiter liegt, alle durch unzulängliche Fabrikeinrichtungen verursachten Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden, ganz abgesehen davon, daß es ein Gebot der Menschlichkeit ist, den Arbeitern auch in der Fabrik, in der Arbeitsstätte, in der sie einen großen Teil ihres Lebens verbringen, menschenwürdige Zustände in hygienischer Hinsicht zu verschaffen. Dabin gehört auch die Anlage sauberer, gut beleuchteter und leicht lüftbarer Aborte; die zwar in der Nähe der Arbeitsstätte liegen sollen, aber doch durch einen gut entlüfteten Vorraum getrennt sind. Auf 20 Personen soll mindestens ein Abort kommen, ihre Benutzung muß ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen können. Die Anlagen müssen für Männer und Frauen getrennt sein.

Zur Fabrikhygiene gehört ferner die Beschaffung einwandfreien Trinkwassers, dessen Bedeutung nicht mehr besonders hervorzuheben zu werden braucht. Es entspricht einem normalen Bedürfnis des arbeitenden Menschen und dient vor allem dazu, den Alkohol aus der Arbeitsstätte zu entfernen. Der in der Arbeitsstätte unangebrachte Alkoholenuss der nachgewiesenermaßen die physiologische Leistungsfähigkeit herabsetzt und während der Arbeit einen Alkoholimibbrauch darstellt, kann am besten durch die Versorgung mit einwandfreiem, erfrischendem Trinkwasser oder anderen harmlosen Getränken, die den Durst löschen, ohne den Körper zu ermüden, bekämpft werden. Für geeignete Wasch- und Badeeinrichtungen ist ebenfalls zu sorgen, damit der Arbeiter die Gelegenheit hat, sich jederzeit, vor allem nach Schluß der Arbeit, sorgsam zu reinigen. Daß dies für Giftbetriebe eine unerlässliche Forderung ist, wurde schon eingangs besprochen. Natürlich läßt sich eine ausreichende Waschgelegenheit nur herstellen, wenn fließendes Wasser vorhanden ist. Neben Waschräumen müssen auch besondere Speiseräume vorhanden sein, da es auch in Betrieben, die nicht mit eigentlich gesundheitsgefährlichen Stoffen arbeiten, nicht im Interesse der Hygiene ist, die Mahlzeiten in den Arbeitsräumen einzunehmen. Vor allen Dingen hat der Arbeiter eine gründliche Reinigung der Hände und des Gesichts voranzusetzen, um Krankheitserreger, die jederzeit im Zusammenleben erworben werden können, fernzuhalten. Das ist eigentlich eine selbstverständliche Pflicht der persönlichen Sauberkeit und Körperpflege, die aber leider im Berufsleben viel zu sehr vernachlässigt wird.

Zur Fabrikhygiene gehört schließlich auch die Arbeitskleidung. Besondere Arbeitskleider sind an sich stets zu empfehlen; sie sind unerlässlich für Giftbetriebe, damit die verstaubten oder verschmutzten Stoffe nicht mit den Kleidern nach in die Wohnung der Familien geschleppt werden. Daß alle Berufskleider nach Möglichkeit aus leicht waschbarem Stoff herzustellen sind, braucht nicht

erst begründet zu werden. Die allgemeine Leuerung hat leider auch hier zu sehr unerwünschten Einschränkungen geführt. Auf die sehr wichtigen Fragen der Arbeiterwohnungen und der Ernährung soll hier nicht näher eingegangen werden; sie gehören nicht unmittelbar zur Fabrikhygiene, stellen aber an sich außerordentlich wichtige Gebiete der gewerblichen Gesundheitspflege dar, die namentlich mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu der ungemein verbreiteten Tuberkulose höchste Beachtung verdienen.

Unmittelbar abhängig von dem Fabrikbetrieb und seinen hygienischen Einrichtungen sind die Betriebsunfälle, denen wir uns nun noch kurz zuwenden wollen als einer außerordentlich wichtigen Gruppe von gewerblichen Gesundheitsgefährdungen. Die mannigfachen Unfälle haben versicherungstechnisch vor den Gewerbekrankheiten den großen Vorzug, ohne weiteres entschädigungspflichtig zu sein. Die akute Verbrennung oder die einmalige Vergiftung mit Kohlenoxyd unterliegt der Unfallversicherung, während der Arbeiter, der sich im Laufe seiner Arbeitsjahre eine chronische Bleivergiftung zuzieht, in den meisten Ländern nicht genügend entschädigt wird.

Die Art und die Zahl der Betriebsunfälle ist ungeheuer mannigfaltig. Verbrennen und Verbrühen durch Feuer, heiße Flüssigkeiten oder Dämpfe, Verletzungen durch Säuren oder Laugen, Verwundungen der mannigfaltigsten Art, Quetschungen und Knochenbrüche durch Fall, Sturz, Ueberfahren, Hineingeraten in Maschinen aller Art, Explosiven, alte Gasvergiftungen verschiedenster Natur bilden die häufigsten Ursachen der Betriebsunfälle, ohne daß damit auch nur annähernd ihre Kennzeichnung erschöpft ist. Die zahlreichen Ursachen dieser Unfälle sind teilweise in ungeeigneten Arbeitsstätten und Betriebsanlagen, in Mangel an Schutzvorrichtungen und ungenügenden Anweisungen durch die Betriebsleiter und Werkführer, teilweise in der Einstellung ungeeigneter und unerfahrener Leute, zum anderen Teil auch in fahrlässiger, selten aus böswilliger Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen oder Zuwiderhandeln gegen die erlassenen Vorschriften zu suchen. Die Zahl der Unfälle ist also unbegrenzt. Darum ist zur Verhütung von Unfällen durch zweckmäßige Einrichtungen der Arbeitsstätte gefühlige Vorsorge getroffen, damit die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Von einer guten Schutzvorrichtung verlangt man erstens, daß sie die Gefahr des Betriebes vollständig beseitigt, zweitens aber die Betriebsgeschwindigkeit nicht ungenügend vermindert, drittens — und auch das ist sehr wichtig — daß sie für den Arbeiter unentferntbar ist. So sehr aber auch weiter durch technische Einrichtungen und gefühlige Vorschriften die mannigfachen Gefährdungen des Arbeiters verhindert werden sollen, ohne die ernste Mitarbeit und den guten Willen der Beteiligten selbst läßt sich eine erfolgreiche Gewerbehygiene nicht durchführen.

Nochmals der „Konfektionär“ und der Textilarbeiterverband.

Daß der „Konfektionär“ mit besonderer Vorliebe Renegaten aus Arbeiterkreisen seine Spalten zur Verfügung stellt, ist eine längst bekannte Tatsache. Alle die, die glauben, gegen die Arbeiterbewegung oder gegen die Verbandsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes und deren Generalfassungsbeschlüsse etwas zu sagen zu haben, können ihren Mist im „Konfektionär“ ausbreiten. Der Wahrheit brauchen die Berichte nicht zu entsprechen. Von solchem Gelichter kann man ja auch alles andere erwarten, nur nicht daß sie die Wahrheit sagen. Die Hauptfrage ist, daß die Institutionen der Arbeiterbewegung herabgesetzt und verunglimpft werden. Je gründlicher die Verunglimpfung ausfällt, um so größer die Freude in der Redaktion des „Konfektionär“, und um so größer jedenfalls das Honorar für den — Renegaten. Die Sucht, den Deutschen Textilarbeiterverband zu verunglimpfen, ist bei der Redaktion des „Konfektionär“ viel größer als das Reinlichkeitsgefühl; denn sonst würde sich der „Konfektionär“ hüten, sich solch unsauberer Elemente zu bedienen.

Der „Konfektionär“ hält in Nr. 20 seine falschen Angaben aus seiner Nr. 13 gegenüber dem Deutschen Textilarbeiterverband aufrecht. Beweise für seine Behauptung zu erbringen, dazu ist er natürlich außerstande. Das Geschreibsel in Nr. 20 kommt uns recht bekannt vor, und es scheint, daß uns damit ein alter Bekannter wieder begegnet, der auch einmal im Deutschen Textilarbeiterverband eine Gastrolle gegeben hat. Derselbe mußte entlassen werden. Dann hat er als Renegat schon damals allerlei über den Deutschen Textilarbeiterverband geschrieben. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, und wir glauben ganz bestimmt auch den Verfasser zu erkennen. Wenn unsere Annahme richtig ist, dann läßt sich ja der „Konfektionär“ von einem ganz besonderen „Ehrenmann“ bedienen. Zur Betätigung seiner Behauptung in Nr. 13 des „Konfektionär“ wird gesagt: „Einer der Schreiber dieses gehört dem Verband nun gegen 25 Jahre an, lebt unter den werktätigen Mitgliedern und kennt deren Stimmung genau.“ Ja, wir möchten weiter gehen und möchten sagen, daß, wenn ein Mitglied dem Deutschen Textilarbeiterverband 25 Jahre angehört, daß er dann über die Vorgänge innerhalb des Deutschen Textilarbeiterverbandes unterrichtet sein muß. Der Schreiber des „Konfektionär“ ist es nicht. Wir wollen dies nur an zwei Tatsachen feststellen: Es wird behauptet, daß die Zahlen für die ausgegebenen Umzugs-, Kranken-, Arbeitslosen-, Sterbe- und Notunterstützungen verschwindend sind gegen die intensiven Zahlen der abgeführten Verwaltungsgelder an die Hauptkasse. Man sagt dann so schön, „würden wir mit Zahlen dienen, so würde selbst die Hauptverwaltung beschämt sein.“ Ja, warum bedient man sich denn nicht der Zahlen? Heraus damit! Aber man will nur behaupten, ohne zu beweisen. Dieses steht ja dem alten Renegaten und dem „Konfektionär“ recht gut. Schon die einfache Tatsache, daß der Schreiber von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung schwätzt, zeigt offenbar seine Unkenntnis. Wir kennen im Deutschen Textilarbeiterverband schon seit längerem keine Krankenunterstützung mehr, sondern nur Erwerbslosenunterstützung. In dem weiteren Satz des „Konfektionär“ heißt es: „Wenn der Textilarbeiter“ prahlt, daß er im dritten Quartal 1924 über eine Viertelmillion Rentenmark für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben hat, so kann uns das noch nicht befehlen.“ Neugierig, wie er nun einmal ist, fragt er dann: „Wie hoch waren denn die eingegangenen Beiträge und wie hoch die ausbezahlten Erwerbslosenunterstützungen in den drei anderen Quartalen?“ Daß wir durch die Inflation gezwungen waren, die Unterstützungen aufzuheben und dieselben erst am 1. Juli 1924 wieder zur Einführung gebracht haben, weiß der Gewährsmann des „Konfektionär“ nicht. Ja, wenn der Hintermann vom „Konfektionär“ über die inneren Vorgänge des Deutschen Textilarbeiterverbandes informiert wäre, dann würde er den vorhergehenden Satz nicht geschrieben haben. Alles dies zeigt von der Unwissenheit jenes Mannes, auf den sich der „Konfektionär“ stützt. Es trifft auch nicht zu, daß auf der Konferenz der Textilarbeiter für den Freistaat Sachen ein Delegierter Uhlig aus Plauen ausgeführt habe, daß die Massen nicht mehr an die Organisation glauben. In Plauen haben wir bereits seit 1912 keinen Geschäftsführer mehr, der Uhlig heißt. Vor der Zeit, gewiß, da hatten wir mal einen Uhlig in Plauen, den wir entlassen mußten und der dann zum Renegaten wurde. Jedenfalls steht fest, daß der „Konfektionär“ aus einer trüben Quelle geschöpft hat. All seine Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die Redaktion des „Konfektionär“ muß, wenn sie ernst genommen werden will, doch auch ihre Mitarbeiter sich ansehen und prüfen, ob dieselben auch glaubwürdig sind. Die glaubt der „Konfektionär“, daß dies nicht notwendig ist, wenn die Schreibereien dazu dienen, die Gewerkschaften zu verunglimpfen?

Wie man aus dieser Aufstellung ersieht, können die meisten Gesellschaften trotz der so ungunstigen Geschäftslage im vorigen Jahre bereits weit höhere Dividenden ausschütten als in der Vorkriegszeit. Um den Kurs der Aktien an der Börse auf Pari zu bringen, d. h. auf den Nennwert oder 100 Proz., muß die Dividende den üblichen Zinssätzen entsprechen. Vor dem Kriege genügte schon eine Dividende von 4—5 Proz., um den Kurs auf Pari zu halten. Es ist aber ganz klar, daß man nicht eine Aktie zum Nennwert kaufen wird, wenn sie nur die Hälfte der heute üblichen Zinsen einträgt. Die Zinssätze für Leihkapital betragen aber noch immer zwischen 9 und 12 Proz. im Jahre. Vom Standpunkt der Börse und des Geldmarktes aus gesehen ist also die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften berechtigt, und man versteht es, wenn die Verwaltungen zuerst „sanieren“ haben und jetzt die Dividenden so hoch wie möglich anzusetzen versuchen. Wir werden aber sehen, daß man den Arbeitern das gleiche Recht, eine höhere Verzinsung ihres Kapitals, nämlich der Arbeitskraft, zu beanspruchen, nicht zugestehen wird. Im Gegenteil, die höhere Rentabilität der Unternehmungen wird zum großen Teil gerade dadurch erzielt, daß man den Reallohn der Arbeiter noch unter dem Vorkriegsstande hält.

Besonders bemerkenswert ist, was die „Deutsche Bergwerkszeitung“ von der ersten Gruppe der Aktiengesellschaften, den Textilunternehmungen, sagt:

„Die zuerst besagte Gruppe der Textilindustrie hat freilich solche Gewalttaten (nämlich die außerordentlich starke Zusammenlegung des Kapitals bei Aufstellung der Goldbilanz. D. Red.) in ihren Reihen kaum zu verzeichnen. Die Aktionäre sind durchweg im Vollbesitz ihrer alten Substanz geblieben. Die Gesellschaften haben meistens das Vorkriegskapital wieder eingezahlt, oder sind sogar noch über den früheren Goldstand hinausgegangen. Es lag für sie allerdings auch keine Notwendigkeit vor, zu sanieren. Gerade in den Jahren der Uebergangswirtschaft und der krassen Erschütterungen für die Wirtschaft im ganzen ergreifen sich die Textilunternehmungen einer günstigen Geschäftslage. Diese Geschäftslage macht es ihnen nunmehr leicht, 14 Proz. sowie 12 1/2 und 12 Proz., statt früher 9 Proz. (Rhein. Wollstoff, Bodumer und Labemig, Spinnerei am Stadtbach), 13 Proz. statt früher 5 (Concordia), 7 Proz. statt früher 3 1/2 Proz. (Hornfärberei), ja 10 und 8 Proz. statt früher 0 (Kottern und Plauener) auszuschütten. Hierbei fällt natürlich nicht mehr die unterschiedliche Lage der einzelnen Betriebe, sondern vor allem auch die abweichende Einstellung der Verwaltungen zur Dividendenpolitik ins Gewicht. Eine Dividende von 10 Proz. hat man in der Textilindustrie offenbar als die untere Grenze des Angebrachten angesehen. In sechs Fällen hat man bei aller Vorsicht und bei reichlichen Abschreibungen 12 Proz. und mehr zur Ausschüttung bringen können. Dies ist, wie gesagt, um so bedeutsamer, als es sich um durchweg ungeschmälerte Vorkriegskapitalien handelt, die zu verzinsen waren.“

Die gute Geschäftslage bei den Banken erklärt sich vor allem daraus, daß sie bei dem großen Geldbedarf vor allem der Industrieunternehmungen eine wichtige Vermittlerrolle spielen, die ihnen hohe Provisionen einträgt. Wenn auch der Umfang der bei den Banken einlaufenden Depositengelder noch weit hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt, so ist doch die Spanne zwischen den Zinsen, die sie selbst an die Einleger zahlen, und den Zinsen, die sie bei der Ausleihung der Depositengelder an die Kreditnehmer berechnen, so groß, daß für sie ungeheure Gewinne dabei entstehen. Bei den sonst genannten Industrieunternehmungen sind die Ergebnisse nicht gleichwertig. Am besten scheint es den Automobil- und Fahrradwerken zu gehen, nicht weniger gut sieht es bei den Brauereien aus. Wenn sich die meisten Industrieunternehmungen mit einer Dividende von 5—8 Proz. begnügen, so ist das kein Zeichen für schlechten Geschäftsgang; es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sie, wenn die Konsolidierung auch bei ihnen erst vollständig durchgeführt ist, recht ansehnliche Dividenden ausschütten werden.

Wie steht es dagegen mit den Löhnen, die in Deutschland gezahlt werden? Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes betrug der Wochenlohn für gelernte Arbeiter im Durchschnitt im

Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

Wohnungsleed, Geschlechtskrankheiten und Prostitution.

Die Wohnungsfrage und ihre Lösung beschäftigt schon vor dem Kriege die Kreise am lebhaftesten, denen das Wohl der breiten Massen des Volkes die Aufgabe war, der sie ihre ganze Kraft zumwandten. In der Nachkriegszeit ist die Wohnungsfrage noch brennender geworden als vor dem Kriege.

Die Zahl der vorhandenen Wohnungen reicht schon vor dem Kriege nicht aus. Wohl war an großen Wohnungen kein Mangel. Aber an Kleinwohnungen, auf welche ungefähr 80 bis 90 Proz. der Bevölkerung angewiesen sind, fehlte es in nahezu allen Großstädten. Auch in kleineren und Mittelstädten war Mangel an Kleinwohnungen. Das schlimmste ist aber die Form der großstädtischen Kleinwohnung. Die Mietskaserne mit ihrer Gruppierung der licht- und luftlosen Kleinwohnungen um enge Höfe, die unermessliche tägliche Verunreinigung mit anderen Familien läßt in den Massenquartieren des großstädtischen Proletariats ein Heimatgefühl nicht aufkommen. Ratsch und Trausch verbittern das Leben der Bewohner. Noch schlimmer ist aber, daß diese Zusammenpferchung vieler Menschen auf engem Raum den günstigsten Nährboden für Tuberkulose und Säuuglingssterblichkeit abgibt. Auch auf dem Lande, überall wo die Industrie Fuß gefaßt hat, ist das Wohnungsleed unbeschreiblich. Enge, niedrige Räume, feuchte Wände trifft man überall in den Vierteln an, wo die arbeitende Bevölkerung wohnt. Dem immer sind es die armen Bevölkerungsschichten, unter ihnen wieder die kinderreichen, die unter der Unzulänglichkeit der Behausung am allererschwersten zu leiden haben.

Und die Ursache? Die jeder Kultur höhnisch sprechenden Wohnungsverhältnisse sind das Ergebnis einer kapitalistischen Entwicklung. Nicht allein die Ausbeutung der Arbeitskraft der Habenichtse genügt dem Kapital. Es bemächtigt sich auch des Grund und Bodens. Die Ausnutzung desselben durch die volkschädliche Wohnform der Mietskaserne verschafft den Besitzern des Geldes müheles Millionergewinne. Wohl haben einschichtige Sozialpolitiker, Ärzte und Volkswirtschaftler sich redlich bemüht, eine Wohnungsreform herbeizuführen und die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses nicht lediglich dem privaten Streben nach Besitz zu überlassen. Baugenossenschaften wurden gebildet, die für ihre Mitglieder preiswerte und gute Wohnungen herstellten und vermieteten. Diese gemeinnützige wie auch die Nachfrage nach Wohnungen steigerte sich nach Beendigung des Krieges ganz bedeutend. Zunächst durch die in den ersten Jahren ganz bedeutend gegenüber der Friedenszahl gesteigerten Eheschließungen. Dann durch den Rückstrom der Hunderttausende deutscher Familien aus den verlorenen oder von Deutschland abgetretenen Gebieten, aus dem Auslande, aus den Kolonien. Die Folge war, da während des Krieges die Bautätigkeit völlig lahm lag, die überall zu Tage tretende Ueberfüllung der schon unzulänglichen Wohnungen. Mehrere Ehepaare in einer Stube. In mehrräumigen Wohnungen die Zusammenpferchung mehrerer, bisher einander fremder Familien. So wurden Zustände geschaffen, die abgesehen von allen gesundheitlichen Gefahren des engen Zusammenwohnens, die Begriffe der Sittlichkeit völlig untergraben.

Wohin solche Zustände führen, ersehen wir aus den Mitteilungen des Wiffensarztes Dr. Gumpert im Berliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Die aus den Erfahrungen des Arztes bei der Behandlung geschlechtskranker Kinder mitgeteilten Fälle deuten das ganze soziale Elend auf und zeigen, welche körperliche und seelische Verwahrlosung neben Krieg, Inflation, Teuerung, Hunger und Verarmung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auch die Wohnungsnot zur Folge hat. Der Herr schreibt:

Ueberfüllte und verschmutzte Wohnungen tragen einen großen Teil der Schuld. Familienangehörige und Fremde, Erwachsene und Kinder, Kranke und Gesunde wohnen tätigtartig beisammen. Es ist nichts Seltenes, daß 14 Mitglieder einer Familie (12 Kinder von 1 bis 18 Jahren) in Stube und Küche hausen. Notwendigste körperliche Pflege, Absonderung Kranker, Schutz der feischen Entwicklung ist in solchen Wohnungen ausgeschlossen. Höchst selten haben selbst bei einigermaßen gutgestellten Familien Kinder ihr eigenes Bett. Häufig schlafen bis zu 4 Personen auf einem Lager. Aus den in der kleinen Abteilung des Krankenhauses in 3 Monaten vorgekommenen Fällen seien hier nur einige erwähnt. Ein 3-jähriges Mädchen (ohne Geschwister) ist von einem Untermieter mehrfach mißbraucht und angestekt worden. — Eine Siebenjährige, ebenfalls von einem Untermieter angestekt, schläft mit einer 13-jährigen Schwester zusammen. — Ein 2-jähriges Kind ist vom Vater, von diesem dann die 17-jährige Schwester angestekt. — Ein 1-jähriger Knabe ist von einem im Hause wohnenden Onkel angestekt. — Ein 1-jähriges Kind wird wegen Hautauschlag vorgeföhrt. Nach Feststellung der Krankheit bleiben die Eltern fort, wahrscheinlich, weil der Vater das Betanntwerden der eigenen Krankheit fürchtet. — Ein 14-jähriger Knabe verkehrt gegen Bezahlung mit einem 50-jährigen Mann. — Ein 16-jähriges Mädchen erkrankt. 14 Menschen wohnen in dieser Familie in Stube und Küche.

Das sind nur wenige, und nicht einmal die allertristesten Fälle von vielen. Ist es da ein Wunder, wenn die solchen Familien- und Wohnungsverhältnissen entwachsenden Jugendlichen auf den Weg des Lotters, der Prostitution gedrängt werden? Sie, vor denen sich in überfüllten Wohnungen alle Vorgänge des menschlichen Lebens offen abspielen? Wenn Mädchen, die in solchen „Hauslichkeiten“ heranreifen, auf die Straße gehen, um ihren Leib zu verkaufen, so freuen sich die Eltern noch darüber. Wer kann aber solche Mädchen für ihr Treiben verantwortlich machen? Auch aus dem Wohnungsleed der Prostitution erwachsen solche Blüten, die, namentlich wenn sie von in der Großstadt beschäftigten Fremdbindern vernommen, wie begehrte junge Mädchen sind, wie man auch ohne Arbeit ein üppiges Leben führen kann, schlaunüht nach dort gehen.

Die Zahl der unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden in den Großstädten ist in ständiger Zunahme begriffen. Sie stellt ein Liebel am Gesellschaftskörper dar, welches in der furchtbaren Wohnungsnot, dem grenzenlosen Wohnungsleed seine Wurzel hat. Die Zahl der außerhalb der Kontrolle stehenden ist nicht bekannt.

Wie ist diesem Liebel abzuhelfen? Was können die arbeitenden Frauen selbst dazu tun?

Zunächst sich mehr als bisher um die Dinge des öffentlichen Lebens kümmern. Weist erschöpft sich das Interesse an solchen Vorkommnissen durch herbe Kritik und Beurteilung der Gefallenen. Selbst Hand anlegen zur Beseitigung so grauenhaften Zustände fällt nur den wenigsten ein. Die am schwersten unter dem Wohnungsleed leidenden arbeitenden Frauen müßten sich auf das lebhafteste dafür einsetzen, daß die Wohnungsherstellung der Profitwirtschaft entzogen wird und die Herstellung gesunder Wohnungen von Staat und Gemeindefonds gefördert wird. Neue Wege zur Niederzwingung der Profitwirtschaft im Wohnungsbau sind schon durch die Selbsthilfe der sozialen Baubetriebe beschritten. Der Staat, der die Verpflichtung hat, die Ernährung der Bevölkerung durch besondere Maßnahmen sicherzustellen, muß auch die Verpflichtung auf sich nehmen, gesunde Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung herzustellen. Die arbeitende Bevölkerung hat ein Anrecht auf gesunde und preiswerte Wohnungen, auch der Staat muß ein Interesse daran haben. Denn in stinigen, ungesunden Wohnungen hausende Arbeiter werden für die Volkswirtschaft untauglich, der in solchen Wohnungen heranwachsende Nachwuchs wird minderwertig. So lange sich die arbeitende Bevölkerung noch menschenunwürdige Wohnungen gefallen läßt, werden sie nicht verschwinden.

Es ist hohe Zeit, daß die arbeitenden Frauen und Mütter dieser Schmach der Zeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Also überall auf

dem Posten sein, um Licht, Luft und Sonne in Arbeiterwohnungen zu bringen. Es handelt sich um das Wohlergehen der Familie, der Kinder, die geboren werden, um zu nützlichen Gliedern der Volksgemeinschaft heranzuwachsen, nicht aber um in elenden Wohnungen zu verfaulen und zugrunde zu gehen.

Der Urlaub für erwerbstätige Jugendliche.

Von Alexander Knoll

Vorbemerkung: Die nachfolgende Rede hat Genosse Knoll in der Ausschußsitzung der deutschen Jugendverbände gehalten. Sie ist veröffentlicht in Heft 3 der Zeitschrift des Ausschusses der deutschen Jugendverbände „Das junge Deutschland“. (Zu beziehen durch den Deutschen Textilarbeiterverband, Abteilung Bücherverkauf.)

„Wir wollen uns heute mit der Frage beschäftigen, ob wir an die Gesetzgebung das Verlangen stellen sollen, Ferien für die erwerbstätigen Jugend gesetzlich festzusetzen. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Rechtsprechung, ich möchte in diesem Falle beinahe sagen: die elende Juristerei, den Gewerkschaften in den Arm gefallen wäre, die auf dem besten Wege waren, die Frage ohne die Inanspruchnahme der Gesetzgebung praktisch zu lösen, nämlich auf dem Wege der tarifvertraglichen Regelung. Aber da fanden sich in den Kreisen der Arbeitgeber Leute, denen das nicht gefiel, und es fanden sich Arbeitgebersynbiz, die „nachweisen“, daß der Behrvertrag kein „Arbeitsvertrag“ sei und aus diesem Grunde Einspruch erhoben gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Behrlings. Und es fanden sich Gerichte, die diesen Einspruch für begründet erklärten — aus rein formalrechtlichen Gründen. So hatte die Juristerei wieder einmal über den gesunden Menschenverstand gestiftet. Man könnte die Sache hingehen lassen, wenn es sich bei diesen Einsprüchen nur um die Wahrung des Rechts der Priorität gehandelt hätte. Aber die Innungen, die solche Einsprüche erhoben und die bekannten Urteile prozontierten, wollten damit ja nicht sich das Recht der Gewährung von Ferien an die Behrlinge sichern, also nicht lediglich die formalrechtliche Frage entscheiden lassen: Wer ist befugt, dem Behrling Ferien zu gewähren, sondern

Spart für den Jugendtag in Dresden!

Ihr Einspruch hatte den Zweck, die Sache selbst zu treffen, d. h. die Gewährung solcher Ferien zu verhindern. Das ist leider gelungen. Ich sage daher mit Zug und Recht, daß die Juristerei über den gesunden Menschenverstand gestiftet hat. Auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung, die unter ganz anderen Voraussetzungen seinerzeit geschaffen wurde, hat man es verstanden, eine gesunde und soziale Entwicklung zu unterbinden. Zwar steht es den Gewerkschaften auch heute noch frei, und sie tun das auch, die Aufnahme von Bestimmungen über die Ferien für Behrlinge in die Tarifverträge hineinzubringen; aber dadurch, daß auf Grund der ergangenen gegenteiligen Urteile diese Teile der Tarifverträge nicht mehr für verbindlich erklärt werden, ist der Nichterhaltung dieser Bestimmungen Tür und Tor geöffnet, sie schweben sozusagen in der Luft.

Warum müssen wir uns gegen diese Rechtsprechung wenden? Warum müssen wir Ferien für die jugendlichen Erwerbstätigen fordern? Vor dem hier versammelten Kreise brauchen wir diese Frage nicht mehr zu beantworten. Aber wenn wir eine gesetzliche Regelung fordern, müssen wir die Berechtigung unseres Verlangens auch weiteren Kreisen klarmachen, müssen wir den Nachweis führen, daß es sich um eine volkswirtschaftlich, sozialpolitisch und letzten Endes auch besolderungspolitisch gerechtfertigte und notwendige Maßnahme handelt. Wir müssen dabei in erster Linie die körperliche Beschaffenheit der heutigen erwerbstätigen Jugendlichen ins Auge fassen. In dieser Hinsicht sieht es aber böse aus in Deutschland. Krieg und Nachkriegszeit haben hier geradezu verhängnisvoll gewirkt.

Die heutige jugendliche Generation ist aber doch diejenige, auf deren Schultern in allererster Linie die Lasten unseres künftigen Wiederaufbaues liegen. Glaubt jemand im Ernst, mit einer solchen verkümmerten Generation Wiederaufbau betreiben zu können? Gebietet nicht die einfachste wirtschaftliche Ueberlegung, dieser Generation nach Möglichkeit wenigstens nachträglich noch zuzukommen zu lassen, was sie in den Jahren jugendlichen Wachstums ohne ihre Schuld erbehalten mußte? Und sind nicht möglichst ausgiebige Ferien eines der geeignetsten Mittel dazu?

Welche Gründe werden nun von den Gegnern dagegen angeführt? Ich habe hier einen Bericht über die Tagung des Bundes Norddeutschland des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe vom Juli 1922 vor mir. Der Reichsausschuß selbst empfahl in einer Entschließung den Lehrherren die Einführung von Ferien. Dagegen machen geltend:

„Ein Herr aus Bremen: Nur die Gewerkekammern und Innungen, nicht der Reichsbund sind für die Befrlingsfragen zuständig. Vor Annahme der Entschliesung ist zu warnen. Jetzt, wo die Lehrzeit auf nur noch 3 Jahre festgesetzt werden soll, sollte man diese zur rechten Erkennung des Handwerks ohnehin zu kurze Zeit nicht noch durch Urlaub weiter verkürzen. Aus freien Stücken sollte kein Urlaub gegeben werden; denn wenn man erst den kleinen Finger reicht, wird die ganze Hand genommen. Nur keine Gefühlsduselei! Aufbau heißt Arbeit, nicht Urlaub.“

Ein Redner aus Hamburg: Wir haben schon genug unserer allen Rechte verloren und dürfen freiwillig nichts weiter zugestehen. Behrlinge sind keine Herrenjahre. Die Existenz des Handwerks und die rechte Erziehung dafür muß die erste Sorge sein.

Ein weiterer Redner aus Hamburg: Gerade im Interesse des Behrlings ist vor allem Rücksichtnahme zu warnen. Die Erfahrungen bei den Gesellenprüfungen zeigen, daß die Leistungen der Behrlinge ständig zurückgehen. Wir müssen vielmehr versuchen, die Behrlinge wieder in unsere Hand zu bekommen.

Ein Redner aus Braunschweig: Wir wollen nicht entgegen- und zuvorkommen. In der heutigen Zeit kann nur Arbeit helfen, darum keine freiwilligen Zugeständnisse.

Ein Redner aus Lübeck schiderte, wie schon jetzt die Zeit für eine genügend eingehende Beschäftigung mit der Ausbildung der Behrlinge knapp ist.“

Man kann wirklich nicht sagen, daß das überzeugende oder überhaupt nur sachliche Gegengründe sind. Das erinnert mich lebhaft an die vielen Kämpfe, die die Gewerkschaften für sanitäre Schutzforderungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben. Ich bin seit 35 Jahren aktiv in der Gewerkschaftsbewegung tätig und habe in dieser Zeit manchen sozialpolitischen Sturm erlebt. (Redner schidert an der Hand von Beispielen aus seiner persönlichen Erfahrung, wie sich gewisse Arbeitgeberkreise bis zuletzt auch gegen solche Arbeiterchutzmaßnahmen gewehrt haben, die heute als ganz selbstverständlich gelten, z. B. Bauhuden.) Als die Gewerkschaften daran gingen, die effiziente Arbeitszeit zu beseitigen und die zehn-, neun-, bzw. achtfünfdige anzustreben, da erlöste genau so wie heute der Ruf, daß die deutsche Wirtschaft das nicht ertragen könne. Das Gestöhne über die „sozialpolitische Belastung“ der Wirtschaft ist also nicht mehr neu. Und wer so oft erlebt hat, daß es sich als un begründet erwies, der glaubt nicht mehr so recht daran, wenn es auch heute wieder von neuem eröndt. Hat doch vor 20 Jahren sogar ein Dr. Alexander Tille, der Entdecker der „Moralinsäure“, wissenschaftlich nachgewiesen, daß die deutsche Arbeiterkraft durch die Arbeiterversicherung moralisch erinortet werde und verlampe. Auch gegen die Gewährung der Ferien an die jugendlichen Er-

werbstätigen wird ja eingemendet, daß das wirtschaftlich nicht tragbar sei.

Wenn ich hier scharfe Worte gegen eine gewisse Kategorie von Arbeitgebern gebraucht habe, so gebietet andererseits die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß es auch Arbeitgeber gibt, die anders über diese Fragen denken. Ich habe ja schon die Leitung des Reichsbundes des Malergewerbes angeführt. Das sind nicht die einzigen. Über die Zahl dieser Arbeitgeber ist doch nur recht klein und ihr Einfluß sehr gering. Sie kommen namentlich in der jetzigen Zeit, wo ganze Bücher geschrieben werden, um die soziale Ueberlastung der Wirtschaft nachzuweisen, gegen diese Strömung nicht auf.

Es wird nun wieder die Frage aufgeworfen, und zwar zumeist auch nur von den Gegnern: Wie sollen die Jugendlichen ihre Ferien verwenden? Diese Frage, die zugleich ein Einwand sein soll, entspringt im Grunde denselben Gedankenengungen, die seinerzeit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der volljährigen Arbeiter — früher mehr als jetzt — geltend gemacht wurden. Man hatte Sorge, daß die Arbeiter die viele freie Zeit nur in den Gastwirtschaften totschlagen und somit von der Verkürzung der Arbeitszeit selbst den größten Schaden haben würden. Heute traut man sich mit solchen Argumenten nicht mehr recht heraus. Ich glaube es aber auch nicht nötig zu haben, vor diesem Kreise mich über diese Frage im einzelnen zu ergehen. Ich möchte dazu nur eines sagen: Wir haben heute Jugendvereinigungen der verschiedensten Art und Richtungen, die es sich zur ganz besonderen Aufgabe gestellt haben, gerade auf diesem Gebiete zum Wohle der erwerbstätigen Jugend zu wirken und das mit Erfolg auch schon getan haben. Mögen das Reich und die Länder, ebenso die Gemeinden diese Jugendvereinigungen mit möglichst vielen Berechtigungen und Vorteilen ausstatten und somit für jeden Jugendlichen einen Anreiz schaffen, ihnen anzugehören, dann ist diese Frage gelöst. Wir wollen gern in dieser Hinsicht der Jugend und namentlich ihren Organisationen das Selbstbestimmungsrecht lassen.

Was ist nun zu tun, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Soweit die Gewerkschaften hierbei in Frage kommen, stehen sie grundsätzlich — ich darf wohl sagen: alle — auf dem Standpunkt, daß eine gesetzliche Regelung der Ferienfrage für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten notwendig ist und von ihnen auch gefordert wird. Es ist daher zu erwägen — immer vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus —, ob es tatsächlich klug und richtig ist, nur die hier in Frage kommende Teilregelung herauszugreifen. Die Beherten sind nicht so durchschlagender Natur, daß wir deshalb die Regelung für die Jugendlichen hinauschieben sollten. Gerade aus den Gründen, auf die ich eingangs hingewiesen habe: die Unterbindung der tarifvertraglichen Regelung durch die Rechtsprechung. Es ist nicht zu befürchten, daß diese sogenannte Rechtsprechung auch der ferneren tariflichen Regelung für die Volljährigen in den Arm fallen wird, wie sie es leider! — mit Erfolg bei den Jugendlichen getan hat. Die Erwachsenen werden sich also wohl oder übel auch noch einige Zeit ohne die gesetzliche Regelung behelfen können, ohne geradezu Verschlechterungen befürchten zu müssen. Für die Jugendlichen aber vertritt aus den schon angeführten tatsächlichen Gründen die Frage keinen Aufschub, da muß lieber heute als morgen etwas geschehen.

Wo ich bin dafür, daß gemäß den vorgelegten Leitlinien sofort vorgegangen wird.

Aber ich möchte doch auch davor warnen, sich hinsichtlich des Erfolges irgendwelchen optimistischen Hoffnungen hinzugeben. Wir leben augenblicklich in einer sozialpolitisch recht unglückigen Zeit. Ich habe schon auf die Tatsache verwiesen, daß gewisse und politisch sehr einflußreiche Arbeitgeberkreise zurzeit einen Feibzug gegen die Sozialpolitik entfesselt haben. Auch hier handelt es sich ja um ein Stück Sozialpolitik und sogar ein sehr wesentliches Stück! Auch die Zusammenfassung des gegenwärtigen Reichstags erscheint mir in dieser Hinsicht nicht allzu günstig. Es sind sehr viele Herren darin, die sich auf die antisozialpolitische Parole der Großindustrie verpflichtet haben. Jedenfalls wird es einer sehr energiegelichen Einwirkung auf die in Frage kommenden Parteien und noch mehr auf die Reichsregierung bedürfen, wenn etwas Brauchbares bei der Sache herauskommen soll. Trotzdem: der Versuch muß gemacht werden. Man hat während des Krieges und erst nach Beendigung desselben ja sozial von „Menschökonomie“ geredet und geschrieben. Woblan! Hier handelt es sich um Menschökonomie im besten und tiefsten Sinne des Wortes und deshalb gilt es, ihren Befürwortern und allen Verantwortlichen zuzurufen und klarzumachen:

Der Worte sind genug gewechselt
Nun laßt uns endlich Taten sehn!

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Februar 1925.

Nach dem Ergebnis der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung unseres Verbandes ist im Monat Februar gegenüber dem Monat Januar im Beschäftigungsgrad eine Veränderung von Belang nicht eingetreten.

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Zusammen	
	Proz.	absolut	Proz.	absolut	Proz.	absolut
im Februar	11 400	3,5	39 228	12,2	50 628	15,7
„ Januar	12 305	3,9	37 870	11,8	49 675	15,7

Es stehen also einer Abnahme der Arbeitslosen von 0,4 Proz. eine Zunahme der Kurzarbeiter von 0,4 Proz. gegenüber. Die Gliederung der kurzarbeitenden Verbandsmitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverkürzung ergab folgendes Bild:

Es arbeiteten höchstens	mit kurzarbeitenden Mitgliedern			in Proz. der erwerblichen Mitglieder	
	berüht	männl.	weibl.	zusammen	Februar Jan.
um 1 — 8 Stunden	6 487	12 874	18 811	5,9	5,5
„ 9—16	4 158	7 407	11 560	3,6	4,1
„ 17—24	2 627	3 548	6 175	1,9	1,8
„ 25 u. mehr	780	1 952	2 632	0,8	0,9
Insgesamt	13 047	25 281	39 228	12,2	11,8

Betonen müssen wir auch an dieser Stelle nochmals, daß es Pflicht einer jeden Ortsverwaltung ist, stets am Stichtage (letzter Sonnabend eines jeden Monats) die Meldebarte einzufenden. Um ein genaues Bild über den Beschäftigungsgrad innerhalb unseres Verbandsgebietes zu erhalten und auch um eine zuverlässige Ueber- sicht über den Mitgliederbestand zu haben, ist pünktliche Einsendung unbedingt notwendig.

Aus den Gewerkschaften.

Genosse Umbreit 25 Jahre Redakteur.
Genosse Umbreit konnte am 16. März auf eine 25-jährige Tätigkeit als Redakteur des früheren Korrespondenzblattes und der jetzigen Gewerkschaftszeitung zurückblicken. Genosse Umbreit ist als Redakteur und Schriftsteller außerordentlich fruchtbar gewesen. Das Schrifttum der Gewerkschaftsbewegung ist von ihm stark bereichert worden. Eine ganze Anzahl der wertvollsten Bücher für die Gewerkschaftsbewegung sind aus seiner Feder geflossen. Umbreit hat in seiner 25-jährigen rastlosen Tätigkeit der Arbeiterbewegung in hervorragendem Maße gedient. Wir sind leider augenblicklich nicht in der Lage, Umbreits Tätigkeit und seine Verdienste einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, da wir erst mitten in der Drucklegung von dem bevorstehenden Jubiläum-Kennntnis erhalten.
Der Vorstand und die Redaktion des „Textilarbeiter“ bringen an dieser Stelle dem Jubilar ihre herzlichsten Glückwünsche dar.

Kommunistische Vorschlagslisten sind abzulehnen, weil deren Kandidaten lediglich zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden!

Buchdrucker. Am 3. März ist der frühere Hauptkassierer des Verbandes, Gustav Eißler, im Alter von 78 Jahren einem Herzschlag erlegen. In Breslau gebürtig, wurde er mit 22 Jahren Vorsitzender der dortigen Mitgliedschaft, 1888 Beisitzer im Vorstand und drei Jahre später Kassierer. Er hat diesen Posten nahezu 30 Jahre lang bekleidet und mit Emil Döblin jahrzehntelang in inniger Zusammenarbeit für das Wachstum der Organisation gestanden. Mit ihm scheidet einer der ältesten Gewerkschaftsveteranen aus dem Leben. Ehre seinem Andenken!

Lithographen und Steindruckere. In der Nacht vom 3. zum 4. März starb nach längerem Leiden der frühere Verbandsvorsitzende Otto Sillier im Alter von 68 Jahren. 1857 in Berlin geboren, wurde er Steindruckere, war seit 1883 für die Partei tätig und betrieb in den nächsten Jahren die gewerkschaftliche Organisierung seiner Kollegen mit solchem Eifer, daß er bei der 1890 in Magdeburg erfolgten Verbandsgründung sogleich zu dessen Vorsitzenden gewählt wurde. Fast 30 Jahre führte er diese Leitung und trat 1919 infolge von Kränklichkeit in den Ruhestand. Seit 1919 war er auch internationaler Sekretär. Sein Andenken wird nicht nur in den Reihen seiner Berufsgenossen, sondern in der gesamten Arbeiterschaft fortleben.

Berichte aus Fachreisen.

Breslau. Am Sonnabend, den 21. Februar, versammelten sich recht zahlreich die Stickerinnen mit ihren Familienangehörigen und Bekannten zur Feier des 5. Stiftungsfestes des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses war festlich ausgeschmückt.

Der Geschäftsführer, Kollege Gütler, begrüßte die Festteilnehmer. Der Gauvorsitzende des Schlesiens Arbeiter-Mandolinen-Bundes, Genosse Georg Peiker, brachte auf der Konzerttisch einige Darbietungen zu Gehör. Reicher Beifall wurde ihm zuteil.

Die Frauengruppe des Verbandes hatte sich auch als Ganzes an dem Fest der Stickerabteilung beteiligt und benutzte die Gelegenheit, der Fahne des Verbandes das erste Fahnenband zu widmen. Die Frauenleiterin, Kollegin Rudolf, überbrachte die Wünsche der Frauengruppe. Kollegin Döring sprach den Prolog. Im Anschluß hieran hielt Kollege Drieschner vom Gauvorstand die Begrüßungsansprache. Redner erinnerte der schweren Stunden, die sie im Wirtschaftskampfe in den letzten fünf Jahren durchlebt haben. Er schilderte das Glend der Heimarbeiterinnen in der Stickerbranche Schlesiens. Bei dieser Gelegenheit wurde unserer Kollegin Hoppe als Leiterin der Frauenbewegung im Gesamtverband gedacht, welche am 25. Februar ihren 65. Geburtstag begehen kann. Auch sie war Stickerin und ist jetzt seit mehr als zwei Jahrzehnten organisatorisch tätig für die Textilarbeiterinnen. Man gab der Hoffnung Raum, daß Martha Hoppe noch recht lange im Verbandsvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zum Wohle der weiblichen Mitglieder mitwirkt.

Um 11 Uhr wurde mit der Verlosung begonnen, welche aus den Geschenken der Stickerinnen bestand und unter Hinzunahme der ausgestellten Blumen. Herr Halphaus trug als Lieder- und Stimmungsleiter in den Pausen mit seinem guten Vortrag zur Erheiterung bei.

Unvergesslich werden allen Festteilnehmern die schönen Stunden des 21. Februar 1925 sein, die zu gleicher Zeit allen Zweiflern gezeigt haben mögen, daß nur ein festes Band der Einigkeit die Arbeiterschaft zum Ziele führen kann.

Hoch der Deutsche Textilarbeiterverband!

Krefeld. Von den Arbeitgeberverbänden wird, trotz aller Beweise, bei bestehenden Differenzen mit den Arbeitnehmern, mit sogenannten schwarzen Listen gearbeitet. Daß die Arbeitgeber Listen von streikenden oder ihnen mißliebigen Arbeitern an andere Firmen versenden oder innerhalb der Arbeitgeberverbände Abstufungsabteilungen eingerichtet, wo über um Arbeit fragende Arbeitnehmer Auskünfte erteilt werden, ist eine feststehende Tatsache. Wir kommen in den letzten Jahren wiederholt feststellen, daß Arbeiter der verschiedensten Gruppen der Krefelder Textilindustrie bei verschiedenen Differenzen keine Arbeit erhalten konnten, obwohl Nachfrage um Facharbeiter vorhanden und von auswärts kommende Arbeiter eingestellt wurden. Bemerkenswert ist das Bestreben der Arbeitgeber, solchen Arbeitnehmern die weitere Arbeitsmöglichkeit zu unterbinden, deren organisatorische und gewerkschaftliche Tätigkeit den Arbeitgebern unangenehm, während Arbeitnehmer, die nicht die nötige berufliche Eignung besitzen, in gewerkschaftlicher Beziehung jedoch harmlos sind, mit Leichtigkeit Arbeit erhalten oder ihre Arbeitsstelle wechseln können. Irgendwelche Abmachungen in dieser Beziehung wurden bis jetzt von den Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden entschieden bestritten. Ein günstiger Zufall spielt uns die Abschrift eines Schreibens in die Hände, das der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie an seine Mitglieder verbandte und folgenden Wortlaut hat:

Arbeitgeberverband der Rheinischen Seidenindustrie, Krefeld.

Krefeld, den 24. Februar 1924.
An unsere Mitglieder, welche Kartenschläger beschäftigen, sowie an den Meistersverband.

Beiz. Lohnstreit von Kartenschlägern bei der Firma
Die Kartenschläger haben bei obiger Firma überzählige Forderungen gestellt und bedingungsweise ihre Kündigung bei Nichtgewährung ihrer Forderung erklärt. Die Firma selbst sieht sich gezwungen, bei Weggehen dieser Kartenschläger den Betrieb stillzusetzen.

Wir ersuchen dringend, obengenannte Kartenschläger nicht einzustellen, bzw. kein Vertragsverhältnis mit diesen Arbeitern einzugehen.

Ueber den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit werden die Mitglieder unterrichtet.

Arbeitgeberverband der Rheinischen Seidenindustrie.
Der Geschäftsführer, gez. Behle.

Die Gruppe der Kartenschläger in der Krefelder Textilindustrie steht seit 1. Januar 1925 in Lohnbewegung. Trotz aller Bemühungen der Branchenleitung und Verbandsleitung scheiterten die Verhandlungen an sogenannten Prinzipien der Arbeitgeber.

Ab 1. Januar 1925 besteht für die Kartenschläger kein Tarifvertrag, sie arbeiten tariflos.

Diese tariflose Zeit benutzen zwei Kartenschläger, denen in einem anderen Betrieb günstigere Lohnangebote gemacht, eine Lohnhöhung herauszuholen und kündigen, nachdem der Arbeitgeber Lohnhöhung abgelehnt, das Arbeitsverhältnis.

Dieser Vorgang wird vom Arbeitgeberverband benutzt, um die beiden Kartenschläger bei der Arbeitgebererschaft in Verfall zu bringen, sie brotlos zu machen und weil sie die Frechheit begingen und höheren Lohn verlangten, der Strafe zu überliefern. Unsere Arbeitgeber sind die Alten geblieben, sie sind noch dieselben, die sie vor dem Kriege waren, wo schwarze Listen, Streikbrecherkolonnen und Polizeitabel zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft benutzt wurden.

Wenn wird unsere Arbeiterschaft endlich aus diesen Vorgängen lernen?

Münchberg-Helmbrechts. Ein denkwürdiger Tag in der Geschichte unserer Bezirksfiliale Münchberg-Helmbrechts war der 8. Februar 1925. Im herrlich dekorierten Saal des Bergrestaurants in Münch-

berg fand an diesem Tag, beginnend vormittags 9 Uhr, unsere diesjährige Bezirksgeneralversammlung statt, die, einschließlich des Bezirksvorstandes, mit 60 Delegierten besetzt war. Kollege Fischer aus Münchberg eröffnete mit kurzen Begrüßungsworten die Generalversammlung und erteilte dem Geschäftsführer Kollegen Schneider das Wort zu seinem Geschäftsbericht. Kollege Schneider wies auf die in der Filiale im Laufe des Jahres vor sich gegangenen Veränderungen in der Verwaltung hin (Ausscheiden des Kollegen Goller und Neubesezung durch Kollegen Schneider), ferner auf die ab 1. Oktober v. J. wirksam gewordene Verschmelzung Münchberg-Helmbrechts. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Ebenso lagen drei Statistiken gedruckt vor. Aus den Statistiken gingen erstens die Zahl der Organisierten und Unorganisierten, getrennt nach männlich und weiblich, jedes einzelnen Ortes und in größeren Orten jedes einzelnen Unterkassiererbezirks hervor; zweitens lag eine Statistik über die Beitragsleistung, ebenfalls getrennt nach männlich und weiblich, für die gleichen Orte und Unterkassiererbezirke vor; drittens lag eine Statistik über Organisierte und Unorganisierte sowie Beitragsleistung für den Handweberbezirk vor. Da diese Statistiken alle Jahre wieder erneuert werden sollen, dürfte sich daraus ein gefundener Wertmaßstab der Funktionäre des einen Ortes gegen den anderen ergeben, weil ja bekanntlich niemand hinter dem anderen zurückstehen will. Auch lagen den Delegierten vier Resolutionen vor, die sich mit der Jugend- und Frauenbewegung, mit dem gesellschaftlichen Leben unserer Mitglieder, mit der Abhaltung von Konferenzen und mit der Beitragsleistung befaßten. Kollege Schneider begründete hauptsächlich die ersten drei von ihm eingebrachten Resolutionen. Er legte in der ihm eigenen temperamentvollen Weise dar, daß wir in unserem ausgedehnten Bezirk andere Wege gehen müssen als bisher, um alle dem Verband untreu Gewordenen wiedergewinnen. Wir müssen Zufluß und Nachwuchs bekommen und müssen demzufolge auf gesellschaftlichem Gebiet mehr als bisher tun. Insbesondere gilt es die Jugend und die Frauen besser organisatorisch und gesellschaftlich zu erfassen. Zur Schulung unserer Funktionäre sollen mindestens jährlich zwei größere Bezirkszusammenkünfte veranstaltet und entsprechend ausgebaut werden. Die Ausführungen des Kollegen Schneider fanden begeisterte Zustimmung und endeten mit der einstimmigen Annahme der Resolutionen. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ging glatt vonstatten und wurde die alte Vorstanderschaft einstimmig wiedergewählt. Zwei Kollegen, und zwar die Kollegen Schmidt aus Stammbach und Jahn aus Schauenstein wurden einstimmig noch hinzugewählt.

Während der Mittagspause füllte sich der Saal bis auf den letzten Platz, denn ab 1 Uhr begann eine allgemeine Betriebsräte- und Funktionärskonferenz des ganzen Bezirks. Auf dieser Konferenz waren 17 Orte mit über 200 Teilnehmern, darunter über 20 Frauen, vertreten. Mit zwei wichtigen Freiheitschören, gelungen von der Sängerabteilung des Volksbildungsvereins Münchberg, wurde die Konferenz eingeleitet. Kollege Schneider hielt hierauf eine kurze, fernige Begrüßungsansprache, legte den Zweck der Konferenz dar und hieß die Erschienenen im Namen des Bezirksvorstandes herzlich willkommen. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Schödel und Taubad als Vorsitzende, die Kollegen Höhn und Söll als Schriftführer. Kollege Schödel dankte der Sängerabteilung für ihre gütige Mitwirkung, gab die Tagesordnung bekannt und erteilte dem Kollegen Schneider zu Punkt 1: Agitation und Organisation, das Wort. Kollege Schneider behandelte auch vor den Funktionären die gedruckt vorliegenden Statistiken eingehend und zeigte verschiedene Wege, wie sie zur Besserung auf allen Gebieten mithelfen können. Freude und Genugtuung lösten die Darlegungen des Kollegen Schneider über die vorliegenden Resolutionen aus. Die neuen Wege und Methoden, mit denen unser Verbandsleben gehoben werden soll, fanden ungeteilte Zustimmung, so daß die Resolutionen auch von der Konferenz einstimmig angenommen wurden. Zu Punkt 2: Stellungnahme zu den bevorstehenden Betriebsräte-Neuwahlen und den dazu vorliegenden Richtlinien, referierte ebenfalls der Kollege Schneider. Die Richtlinien zerfielen in zwei Teile. Im ersten Teil der Richtlinien fanden die Grundzüge unseres Verbandes ihre Verankerung und forderten die Wahl der Betriebsräte einheitlich im ganzen Bezirk am 24. März. Die Anwesenden verpflichteten sich, die notwendigen Vorbereitungen dazu rechtzeitig zu treffen. Der zweite Teil erstreckte sich auf die Geschäftsführung der Betriebsräte und auf die Zusammenarbeit mit der Organisation. Kollege Schneider behandelte Punkt für Punkt und zeigte an praktischen Beispielen, wie die Betriebsräte arbeiten und wie sie nicht arbeiten sollen. Die beiden Richtlinien fanden einstimmige Annahme. Die Diskussion bewegte sich in gleichen Bahnen. Mit einem begeisterten Schlusswort schloß Kollege Schödel die Konferenz. Mit Vertrauen neu erfüllt und mit Begeisterung für unsere Sache im Herzen, verließen unsere Funktionäre die so schön und anregend verlaufene Konferenz, alle mit dem Wunsch: Auf baldiges Wiedersehen!

Peterswaldau. „Gebt den Verrätern die Quittung!“ so lautete die Ueberschrift eines Artikels in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Februar 1925. Dieser Artikelschreiber muß vom Größenwahn besessen sein, wenn er den Verlauf der Textilarbeiterversammlung vom 11. Februar so hinstellt, als wenn die KPD. in einem Siegeszuge auch im Deutschen Textilarbeiterverband vorwärts raste. Die Antwort auf diese schmutzige Kampfesweise gab die Peterswaldauer Textilarbeiterchaft selbst in der Generalversammlung vom 26. Februar. Die Kommunisten hatten alle Mannen mobil gemacht, sogar aus dem Außenort Weistersdorf waren sie erschienen. Aber es nützte nichts, ihre Niederlage war besiegelt, sie wurden zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Kollege Frisch, welcher als Referent in ausführender Weise auf die Feinde der modernen Arbeiterbewegung einging, konnte selbstverständlich an dem schädigenden Treiben der Kommunisten nicht vorübergehen und setzte mit wichtigen Beispielen die Tätigkeit der KPD. ins rechte Licht. Der große Beifall am Schluß bewies, daß Kollege Frisch die Zustimmung fast der ganzen Versammlung hatte. Der Kommunist Reil verfuhr noch, zu retten, was zu retten war. Er brachte die alten Parolen wieder, welche wir bereits sechs Jahre hindurch gehört haben, so daß sie jeder von uns im Gedächtnis hat. Der Kommunist Neumann sah, daß ihre Sache schief stand, deswegen versuchte er auch noch trampschaft, sich an dem Kollegen Frisch zu reiben. Aber Kollege Frisch hat im Schlusswort mit den Moskajüngern reinen Tisch gemacht und die Versammlung stand auf seiner Seite. Bei dem zweiten Punkt „Vorstandswahl“ sollte es sich entscheiden, ob die Peterswaldauer Textilarbeiterchaft die einzige klassenbewusste Kampfesweise der alten Gewerkschaftsbewegung führen will oder ob den sich meistens widersprechenden Parolen aus Moskau Folge geleistet werden soll. Der Kommunist Neumann als Vorsitzender gab seinen Tätigkeitsbericht, welcher zu 95 Proz. aus Schimpereien bestand. Er trat auch dafür ein, daß alle Textilarbeiter der Organisation beitreten sollen, verwarf aber dabei, zu sagen, daß seine eigene Partei die Parole ausgegeben hatte, aus den Gewerkschaften auszutreten. Kollege Rinner schilderte hierauf etwas die Tätigkeit der kommunistischen Vorstandsmitglieder. Der zweite Vorsitzende, Kommunist Langer, ist wohl momentan wieder organisiert, aber eine sehr lange Zeit hat er seine Beiträge gefahrt und war unorganisiert. Das ist so ein richtiges Muster von kommunistischem Führer in der Gewerkschaftsbewegung. Die Unfähigkeit des ersten Vorsitzenden, Kommunist Neumann, trat in der letzten Textilarbeiterversammlung besonders gut zu Tage, wo er einen Menschen, der kein Textilarbeiter war, aber der KPD. nahe steht, lange Zeit krank schlagen und den Referenten, Kollegen Matthias, andauernd unterbrechen ließ, ohne daß er ihn zur Ordnung rief. Nur als die Versammlung dies stürmisch verlangte, hat er sich bequemt, Ruhe

zu schaffen. Auf der anderen Seite zeigte er gegen den Referenten einen großen Schmeiß. Mehrmals unterbrach er den Redner und machte mehrmals die Bemerkung, daß das Gesagte nicht zur Sache gehöre. Er drohte sogar mit Wortentziehung. Also der KPD.-Vorsitzende Neumann tritt dem Referenten gegenüber als Zensur auf. Wo bleibt da die freie Meinungsäußerung? Aber der Vorsitzende Neumann ist mit seinen Gedanken in Rußland bereits so heimisch, daß er die Methode, die in Rußland gang und gäbe ist, nämlich Niederknüppelung jeder anderen Meinung, auch im Textilarbeiterverband einzuführen gedachte. Aber die Arbeiterschaft lehnt ein solches System einmütig ab. Nach diesen Ausführungen wollte Kollege Rinner Vorschläge zur Vorstandswahl machen, aber der Vorsitzende Neumann ließ als Diktator dieses nicht zu. Wir möchten gern wissen, was er sich dabei gedacht hat, denn Kollege Neumann ist doch genau so Mitglied wie jeder andere. Warum wurde ihm das Recht, Vorschläge zu machen, bestritten? Kollege Ludwig brachte einen Antrag ein, einen Wahlleiter zu wählen. Der Vorsitzende Neumann war auf einmal so schwerhörig und hörte den Antrag nicht, und übte seine glorreiche Tätigkeit weiter aus, bis Kollege Rinner vor der ganzen Versammlung feststellte, daß der Antrag eingebracht war und auch darüber abgestimmt werden mußte. Als Wahlleiter wurde nun Kollege Rinner gewählt, welcher nun die eingegangene Vorschlagsliste vortrug. Daraufhin reichten auch die Kommunisten eine Vorschlagsliste ein. Die Abstimmung ergab, daß unsere Liste mit über 200 Stimmen gewählt wurde, die KPD.-Liste erhielt dagegen nur ungefähr 12 Stimmen. Als gewählt gelten folgende Kollegen: 1. Vorsitzender Herrmann Wilske, 2. Vorsitzender Konrad Ludwig, 1. Schriftführer Gustav Hoppe, 2. Schriftführer Richard Rinner. Diese Abstimmung hat gezeigt, wie klein die Zahl der Kommunisten ist. Viel Geschrei und wenig Wille. Wenn wir nun den Ausdruck in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ berücksichtigen: „Gebt den Verrätern die Quittung“, so können wir nur hinzufügen, daß die Kommunisten die Quittung von der Generalversammlung, das heißt die Abstimmung, nicht vergessen werden. Wenn die Organisation wieder eine scharfe Waffe für die Arbeiterschaft werden soll, dann muß die Entwidlung in diesem Sinne weiter fortgeschritten, und dann werden wir auch unser Ziel erreichen.

Reichenbach-Mylau-Nehschlau. Durch die Eigenart der Afford-Stücklohnberechnung in unserem Bezirk wirkt sich der Lohnsteuerabzug für Affordweber bzw. -weberinnen ganz besonders nachteilig aus, wenn sie weniger als 17 Mk. Affordlohn und nicht den garantierten Mindestlohn am Lohnzahlungstage erhalten. Nach der Einkommensteuerverordnung vom 10. November 1924 sind 15 Mk. monatlich steuerfrei. Außerdem werden Steuerbeiträge, die 0,24 Mk. monatlich nicht übersteigen, nicht erhoben. Praktisch angewandt ist somit ein Wochenverdienst bis zu 17,40 Mk. steuerfrei.

Sehr häufig erhalten Affordarbeiter in unserem Bezirk bei voller Arbeitszeit am Lohnzahlungstage nur 10 bis 12 Mk. ausgezahlt. Dieser Lohn entspricht einer Affordarbeit von etwa 3 1/2 bis 4 Tagen. Das an den zwei übrigen Tagen angefangene Stück Ware wird erst in der folgenden Woche abgeliefert und verrechnet. Der Lohn beträgt dann in der zweiten Woche etwa 20 Mk. Während in der ersten Woche der steuerfreie Betrag von 15 Mk. noch nicht einmal erreicht wird, muß der Affordarbeiter in der zweiten Woche 5 Mk. seines Verdienstes der Steuer unterliegen. Für beide Wochen zusammen beträgt der Lohn 22 Mk., der steuerfreie Betrag 30 Mk., also würden nur 2 Mk. dem Steuerabzug unterliegen. In zwei Lohnzahlungsmomenten muß der Affordarbeiter 3 Mk. seines Verdienstes mehr versteuern als ein Stundenlohnarbeiter.

Durch einen Runderlaß des Reichsfinanzministers darf der in einer Woche nicht voll berücksichtigte steuerfreie Betrag in einer späteren Lohnwoche nicht verrechnet werden. Eine Ausnahme ist insoweit zugelassen, daß der Arbeitgeber, wenn er dazu bereit ist, eine nachträgliche Verrechnung vornehmen kann.

Eingaben an die in Frage kommenden Behörden, die den oben geschilderten Zustand beseitigen sollten, hatten den Erfolg, daß auf den Runderlaß des Reichsfinanzministers verwiesen wurde, in welchem für außergewöhnliche Fälle der Arbeitgeber den nicht berücksichtigten steuerfreien Betrag nachträglich verrechnen kann.

Es gibt nun für die Affordarbeiter zwei Wege, um sich selbst gegen Steuerbenachteiligungen zu schützen. Zuerst einmal soll jeder Arbeiter am Lohnzahlungstage als erste Grundbedingung den Lohn verlangen, den er tatsächlich verdient hat. Anderenfalls ist beim Arbeitgeber darauf zu dringen, daß eine andere Affordberechnung bzw. Entlohnung eingeführt wird, vielleicht dergestalt, daß nach 1000 Schuß, allerdings unter Verwendung von Schußuhren, bezahlt wird. Ein weiterer Weg wäre, daß der Arbeitgeber in jeder Woche mindestens 17 Mk. als Lohn ausbezahlt und dann in der nächsten Woche eine endgültige Verrechnung vornimmt.

Notwendige Voraussetzungen zur Erreichung der oben geschilderten Abänderungen ist aber, daß sich alle Textilarbeiter restlos dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Denn auch hier gilt wie in allen anderen Fragen der alte Leitsatz der Textilarbeiter: „Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles.“

Achtung! In jüngster Zeit hat die Textilarbeiterin Amalie Bolzer, geboren am 25. September 1890 in Hof, auf der Reise in mehreren Verwaltungsstellen unseres Verbandes sich als Mitglied vorgestellt und Unterstützung beantragt. Sie gibt an, ihr Mitgliedsbuch befinde sich in Hannover und in Cassel sei sie gemahregelt worden. Beide Angaben sind unwahr und es wird hiermit gemahret. (Die Notiz ist unliebsamer Weise liegen geblieben. Wir bitten dies zu entschuldigen. D. R.)

Behers Handarbeitsbücher.

mit prächtigen und modernen Mustern. — Jeder Band enthält eine Anleitung und kostet bei freier Zusendung 1,50 Mk.

- Kreuzstich I, Band 11.
- Kreuzstich II, Band 12.
- Kreuzstich III, Band 22.
- Strickarbeiten für Kinderkleidung, Band 24.
- Kunststricken I, Band 46.
- Kunststricken II, Band 55.
- Kunststricken III, Band 64.
- Häkel- und Strickkleidung, Band 56.
- Nadel-Spißen, Band 15.
- Tülldurchzug I, Band 7.
- Tülldurchzug II, Band 43.
- Röppeln, Band 5.
- Schiffchen-Arbeiten, Band 36.
- Filetarbeiten, Band 14, 39, 47.
- Häkeln (Spitzen, Einsätze), Bd. 17.
- Häkeln (Wolle, Jaden, Hüte, Blumen, Gürtel), Band 18.
- Häkeln (Kinderkleidung in Wolle und Baumwolle), Band 48.
- Wollkleidung für Sport und Reise, Band 51.
- Weißstickerei, Band 13.
- Weißstickerei-Arbeiten, Band 62.
- Hebebo-Stickerel, Band 30.
- Herbanger, Band 16.
- Soßsaum- und Reinen-durchbruch (modern), Band 27.
- Perl- u. Nitter-Arbeiten, Bd. 29.
- Knüpfarbeiten, Band 26.
- Das Filzbuch, Band 35.
- Buch der Puppenkleidung, Bd. 6.

Deutscher Textilarbeiterverband, Abt. Bücherverlag.
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7.

Sonntag, den 22. März ist der Beitrag für die 13. Woche fällig

Verlag: Carl Hübsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin.

Beilage zum Textil-Arbeiter

Zu den Betriebsrätewahlen!

Kommunistische Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen.

Die Kommunistische Partei widmet den diesjährigen Betriebsratswahlen volle Aufmerksamkeit. So hat die Zentrale der KPD, wie wir aus „Die Freie Gewerkschaft“ Nr. 8/1925 entnehmen, an die Leitungen ihrer Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen sehr umfangreiche Anweisungen für die Betriebsratswahlen herausgegeben. Es wird darin u. a. aufgeföhrt, eine Agitation für Masseneintritt in die freien Gewerkschaften und für Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zu betreiben. Wie sich die KPD die gewerkschaftliche Einheit vorstellt, ist aus den unten wiedergegebenen Anweisungen deutlich ersichtlich. Bezüglich der Aufstellung der Kandidatenlisten soll zunächst mit aller Entschiedenheit um die Befehung der freigewerkschaftlichen Listen mit Kommunisten gekämpft werden. „Parteilose und sozialdemokratische Arbeiter, die die Politik der SPD bekämpfen, können in bestimmten Fällen (Befehung der SPD) für die Aufstellung der Kandidaten mit vorgeschlagen werden. Die KPD denkt ihr Ziel durch Einberufung allgemeiner Betriebsversammlungen, die politisch zu den Wahlen Stellung nehmen sollen, zu erreichen. Falls trotz aller Bemühungen nicht genügend KPD-Anhänger auf die freigewerkschaftlichen Listen aufgenommen werden, soll eine Entscheidung der Bezirksleitung darüber herbeigeföhrt werden, ob eine oppositionelle Gothaer Liste aufzustellen ist. Auf solche Listen sollen nach Möglichkeit nur Genossen kommen, die aus den freien Verbänden ausgeschlossen sind, damit ein Ausschluß der KPD-Funktionäre aus den Gewerkschaften vermieden wird. Ueber die notwendigen organisatorischen Arbeiten heißt es in den Anweisungen wörtlich wie folgt:

... Um die Wahlen zu einem wirklichen Erfolg zu machen, muß sofort folgendes durchgeführt werden:

1. Bildung und Ausbau der Zelle.

a) Feststellung der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Parteimitglieder mit Hilfe der Ortsgruppenregistrierung, Zusammenfassung der Genossen zur Zelle, Bildung der Zellenleitung.

b) Wo die Zelle besteht, Organisierung der Betriebszelle über den ganzen Betrieb, Bestimmung von Vertrauensleuten in allen Abteilungen des Betriebes, Durchführung der Kassierung möglichst in Fünfergruppen.

c) Festigung und Schulung der Zelle durch regelmäßige wöchentliche Zusammenkünfte. Anforderung von Referenten durch die Parteileitung. In wichtigen Betriebszellen Anforderung der ständigen Zuteilung eines Mitgliedes der Parteileitung (Bezirksleitung oder Ortsgruppenleitung).

d) Die Organisation der Betriebszelle darf nicht nach starrem Schema geschehen. Sie muß angepaßt werden den besonderen Betriebsverhältnissen. Auf jeden Fall illegales, d. h. kluges und geschicktes Arbeiten (Illegalität ist nicht Basiswut, sondern gesteigerte Aktivität!).

2. Vorbereitungen zur Betriebsrätewahl.

a) Wo im Betrieb keine Zelle oder keine befähigten Genossen vorhanden sind, müssen durch die Ortsleitung zur Unterstützung der Genossen im Betrieb Genossen bestimmt werden. Diese bilden das Wahlkomitee. Zweckmäßig ist es hier, Genossen zu nehmen, die früher in dem Betriebe gearbeitet haben.

Dazu gehört, daß täglich Material aus den Zeitungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse, den Dawes-Plan und seine Wirkungen, über die Unternehmeroffensive, die Stellung der SPD und Gewerkschaften zu den Betriebsräten, Karikaturen und Bilder, Zitate aus dem Ebert- und Barmat-Prozeß usw., ausgeschnitten und in den Betrieben aufgeklebt werden. Die Ausschnitte müssen mit einigen treffenden charakteristischen Worten gekennzeichnet werden. In der gleichen Art sind Zeichnungen zu benutzen.

Es wird weiter verlangt, daß die Kandidaten von der Parteileitung bestätigt werden. „Zur Vorbereitung der Belegschaftsversammlungen müssen in den Großbetrieben von der Zelle und den oppositionellen Betriebsräten oppositionelle Belegschaftsversammlungen abgehalten werden.“ Diesen Versammlungen stellt die Zentrale als Referenten Mitglieder des Reichstages und des Landtags zur Verfügung. Weiter heißt es in dem Abschnitt: „Mobilisierung der Belegschaft“ unter d): Betriebszeitungen:

„Jeder Betrieb muß unbedingt seine eigene Betriebszeitung schaffen. Mit den primitivsten Mitteln ist anzufangen, auch wenn nur ein paar Exemplare beschafft werden können. Von der Parteileitung muß technische Unterweisung und Unterstützung verlangt werden. Anschaffung eines vervielfältigungsapparates, illegale Herstellung und Verbreitung der Betriebszeitung. Die Methode des Verkaufs der Zeitung muß je nach der Situation im Betrieb wechseln. Grundsatz muß aber sein, möglichst eigene Finanzierung der Zeitung im Betrieb.“

Die Betriebszeitungen müssen unbedingt auf die Wahl eingestellt werden (Vorschläge der Kandidaten veröffentlichen, sie kritisieren).“

Die Anweisungen der KPD-Zentrale bestätigen aufs neue, daß die Betriebsräte zu einem Teil des kommunistischen Parteiapparates herabgewürdigt und zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden sollen. Durch Eroberung der Betriebsräte suchen die Kommunisten ihren in Arbeiterkreisen immer mehr schwindenden Einfluß zurückzugewinnen und erneut zu festigen. Die dem Willen der KPD sich beugenden Betriebsräte sollen die verbrecherischen Parolen Mostaus in die Tat umsetzen und so die Arbeiterchaft in maßlose Verleumdung hegen. Die Belegschaften der Betriebe sollen zu Hören der KPD-Zentrale herabgewürdigt und ihres ge-

wertchaftlichen Selbstbestimmungsrechts beraubt werden. Die von ihnen aufgestellten Kandidaten sind von der kommunistischen Parteileitung zu bestätigen. Die Gewerkschaften selbst sollen völlig ausgeschaltet und zu ihrem Vordamm die kommunistische Partei bestellt werden. Nach Durchführung dieser von der KPD-Zentrale herausgegebenen Befehle wird es keine selbstdenkenden und selbsthandelnden Arbeitnehmer mehr geben, sondern nur noch Untertanen der kommunistischen Partei. Und diese verantwortungslosen Gesellen, die in der KPD „große Politik“ machen, erdreisten sich von einer gewerkschaftlichen Verbandsbureautratie zu sprechen.

Die Textilarbeiterchaft hat alle Ursache, den Anweisungen und Befehlen der KPD-Zentrale zur Betriebsratswahl besondere Beachtung zu schenken. Was verlangt die KPD-Zentrale von den Textilarbeitern? Die Antwort finden wir in ihren Aufrufen. In diesen Aufrufen wird gefordert:

1. Agitation für Masseneintritt in die freien Gewerkschaften.
2. Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit.
3. Befehung der freigewerkschaftlichen Listen mit Kommunisten.
4. Aufstellung oppositioneller Gothaer Listen.
5. Bildung und Ausbau kommunistischer Betriebszellen.
6. Wüteste Agitation und Beschimpfung der freien Gewerkschaften und der SPD.
7. Herausgabe von Betriebszeitungen.

Das ist kurz zusammengefaßt der von der KPD-Zentrale aufgestellte Agitationsplan für die Betriebsratswahlen. Dieser Agitationsplan zeigt die ganze innere Unehrlichkeit und Verlogenheit der Kommunistischen Partei. Die „Agitation für Masseneintritt in die freien Gewerkschaften“ und „Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit“ wäre überflüssig, wenn die Kommunisten die Massen, die bis Ende 1923 reiflos organisiert waren, durch ihr wüstes Geschimpfe nicht aus den freien Gewerkschaften getrieben und damit die gewerkschaftliche Einheit, die bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich bestand, in ebenso leichtfertiger wie unverantwortlicher Weise zerstört hätten. Darum wird auch die großmäulig angekündigte Agitation der Kommunisten nach keiner Richtung Erfolg haben. Die von den Kommunisten irreföhrteten und verhetzten Massen werden den neuesten KPD-Parolen die Gefolgschaft versagen — sie werden bleiben, was sie durch die kommunistische Behauptung geworden sind: indifferent. Erst der planmäßigen Wiederaufbauarbeit der freien Gewerkschaften wird es gelingen, einen Teil dieser abseits stehenden Arbeiter den Gewerkschaften wieder zuzuföhren.

Die weiteren Programmpunkte des kommunistischen Agitationsplanes, „die Befehung der freigewerkschaftlichen Listen mit Kommunisten“, „die Aufstellung oppositioneller Gothaer Listen“, „die Bildung und der Ausbau kommunistischer Betriebszellen“, die zu betreibende wüste Agitation und Beschimpfung der freien Gewerkschaften und der SPD.“ und „die Herausgabe von Betriebszeitungen“ dienen weder der Stärkung des Ansehens der freien Gewerkschaften, noch fördern sie die gewerkschaftliche Einheit. Nach Durchführung dieses Agitationsplanes wird vielmehr das Gegenteil erreicht sein, wenn die nicht im Banne kommunistischer Phrasologie befangenen Arbeiter diesem wüsten Treiben keinen energischen Widerstand entgegensetzen. Darum haben die aufgeföhrteten und denkenden Textilarbeiter dafür zu sorgen, daß ihre Vorschlagslisten zur Betriebsratswahl nur mit Kandidaten besetzt werden, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen. Sie haben weiter dafür zu sorgen, daß die die Arbeiterinteressen schädigenden Agitationsmethoden der im Solde Mostaus stehenden Kapedisten an dem einmütigen Willen der nichtkommunistischen Arbeiter zuschanden werden. Sie haben sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die im erfreulichen Aufstieg begriffene Gewerkschaftsbewegung nicht gestört und die Gewerkschaften nicht weiter geschädigt werden. In allen Betrieben müssen angesichts des arbeiter-schädigenden kommunistischen Treibens unsere Kollegen scharf aufpassen, ob die von der KPD-Zentrale empfohlenen taktischen Manöver befolgt werden. Ist das der Fall, ist den Moskowitern mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

Darum richten wir zum Schluß nochmals die Mahnung an alle in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: **Wählt nur Betriebsräte, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen. Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter! Gebt bei der Betriebsratswahl eure Stimme nur ab für die**

Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Wählt keine kommunistischen Betriebsräte!

In den Aufrufen zu den diesjährigen Betriebsratswahlen haben wir wiederholt die die Interessen der Arbeiterchaft schädigende Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte gekennzeichnet. An Hand tatsächlicher Vorkommnisse haben wir bewiesen, daß fast in allen Betrieben, in denen kommunistische Betriebsräte amtierend, der Achtstundentag am meisten gefährdet war und am ehesten verloren ging. Diese Tatsache werden alle Textilarbeiter bestätigen, deren Interessen niemals von kommunistischen Betriebsräten wahrgenommen werden sollten. In der Praxis haben die unter kommunistischem Einfluß stehenden Betriebsräte fast auf der ganzen Linie jämmerlich versagt. Die kommunistischen Betriebsräte waren nur „radikal“ in ihrem Auftreten gegen die Gewerkschaften, dem Unternehmer gegenüber jedoch zeigten sie sich unterwürdig; sie waren jederzeit bereit, die wohl-erworbenen Rechte der Arbeiterchaft ohne Bedenken preiszugeben.

Diese Feststellungen haben die in Deutschland erscheinenden „Roten Fahnen“ in nicht geringe Aufregung versetzt. In einem Artikel über „Betriebsratslügen des Deutschen Textilarbeiterverbandes“ sagen die Lügenfahnen: „Im „Textilarbeiter“ Nr. 7 vom 13. Februar 1925 jagt sich die Bureautratie in ihrer hysterischen Kommunistenbe-

unter der Marke „Wählt keine kommunistischen Betriebsräte“ neue Märchen aus den Fingern.“ Dieser netten Einleitung folgen dann sogenannte Richtigstellungen der in unserem Artikel erwähnten tatsächlichen Vorkommnisse. So behaupten die Lügenfahnen, daß weder bei den Firmen Kiebel und A. U. Lehmann-Berlin, noch im Leuna-Werk oder dem Spremberger Betrieb ein kommunistischer Betriebsrat vorhanden sei. Mithin dürfe die Einführung des zwölfstündigen Arbeitstages in dem einen und die Ausdehnung der Arbeitszeit bis über 11 Uhr nachts hinaus in dem anderen Betrieb nicht den Kommunisten angekreidet werden. Aus dem gleichen Grunde hätten weder die Kommunisten des Leuna-Werks noch des Spremberger Betriebes den Achtstundentag preisgeben können. Im Anschluß an diese angeblichen Richtigstellungen lassen die „Roten Fahnen“ es dann an Angriffen gegen den Textilarbeiterverband nicht fehlen.

Demgegenüber wollen wir nochmals feststellen, daß in den genannten Betrieben es tatsächlich kommunistische Betriebsräte waren, die alle Errungenschaften der Arbeiter den Unternehmerinteressen opferten. Das geschah vielfach schon zu einer Zeit, als die Radikalisierung breiter Arbeiterschichten von Tag zu Tag Fortschritte machte. Wenn heute in diesen Betrieben keine kommunistischen Betriebsräte mehr vorhanden sind, so beweist das nur, daß die Arbeiterchaft von der kommunistischen Bewegung sich wieder abgewandt hat, nachdem die kommunistischen Betriebsräte alles zerföhren hatten. Die enttäuschten Arbeiter stehen heute verbittert abseits, nachdem sie sehen mußten, daß die in den Versammlungen so wortgewaltigen „revolutionären“ Betriebsräte den Unternehmern gegenüber nicht die geringste Widerstandskraft besaßen. Das gleiche gilt von den Betrieben, in denen im Jahre 1924 aus den gleichen Gründen überhaupt kein Betriebsrat gewählt wurde. Ueberall ist, wie unsere Feststellungen ergaben, infolge der kommunistischen Rufschadheit die Widerstandskraft der Arbeiter geschwächt worden. Diese Schwächung der Arbeiterchaft bedeutet eine Erstarfung der Arbeitgeber. Wenn nun allen kommunistischen Mißerfolgen zum Trotz — die Gewerkschaften können in ihrer Blütezeit sowie vor- und nachher positive Erfolge nachweisen — die Kommunisten die Gewerkschaftspolitik angreifen, so ist das der beste Beweis dafür, daß die Kommunisten auch heute noch sind, was sie immer waren: die Steigbügelhalter des reaktionären Unternehmertums. Somit bleibt es bei unseren Feststellungen: Die KPD-Zentrale und ihr Anhang haben in den genannten Betrieben den Achtstundentag und alle sonstigen Errungenschaften der Arbeitnehmer reiflos aufgegeben.

Wenn nun später in manchen Betrieben wieder Betriebsräte gewählt wurden, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, so ist das einmal zurückzuführen auf das Wiedererstarken des Vertrauens zu den Gewerkschaften, zum anderen aber, weil die Kommunisten und die „Klassenbewußten“ Unorganisierten nicht mehr den Mut fanden, nochmals ein Betriebsratsamt anzunehmen. Bei der bekannten Unfähigkeit dieser radikal-revolutionären Elemente ist das natürlich kein Wunder. Ebenso selbstverständlich ist es, daß es den auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Betriebsräten nicht möglich war, die von den kommunistischen Betriebsräten aufgegebenen Positionen zurückzuerobern. Dazu bedarf es der Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte, die bisher von den Kommunisten trotz ihres Einheitsfrontgemäuels absichtlich und systematisch verhindert wurde.

Diese Feststellungen entsprechen genau den tatsächlichen Verhältnissen. Die niedlichen Angriffe der „Roten Fahnen“ und die in den Flugblättern der sogenannten „Opposition im Textilarbeiterverband“ enthaltenen Beschimpfungen können die von uns veröffentlichten Wahrheiten nicht aus der Welt lügen.

Bei der krankhaften Einstellung der Kommunisten gegen alles, was zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gehört, ist es kein Wunder, daß den „Roten Fahnen“ auch die auf unserer Reichsbetriebsrätekonferenz in Görlich gehaltenen Vorträge nicht gefallen haben. Mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten suchten sie zu „beweisen“, daß die gesamten Ausführungen eine unternehmerfreundliche Tendenz gehabt hätten. Das wagen die Lügenfahnen zu behaupten, obgleich alle Referate sich streng an den Text des Betriebsrätegesetzes anlehnten und die in Schrifttum und Rechtsprechung vorherrschende Meinung genau beachteten. Weiter mußten die Referenten das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehende Kräfteverhältnis berücksichtigen, um bei ihren Ausführungen zu richtigen Schlußfolgerungen zu gelangen. Dem Zweck und Ziel der Reichsbetriebsrätekonferenz war es, die Betriebsräte über die ihnen zustehenden Rechte und Befugnisse aufzuklären und zu belehren und sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sich aus Ueberschreitungen ihrer Befugnisse ergeben können. Ganz besonders aber war es notwendig, den Betriebsräten zu zeigen, welche Absichten die Arbeitgeber verfolgen. Ob uns das Gesetz, seine Auslegung und die Absichten der Arbeitgeber gefallen, darauf durfte es uns nicht ankommen. Darüber hinaus war es notwendig, in Arbeitnehmerkreisen keine Illusionen zu erwecken. Das Wutgeheul der „Roten Fahnen“ über den Ausgang der Konferenz zeigt uns, daß es uns gelungen ist, die uns gestellten Aufgaben im vollen Umfang zu lösen.

Die Kommunisten haben natürlich nicht nötig, die tatsächlich bestehenden Verhältnisse in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen. Sie haben auftragsgemäß die Interessen Mostaus wahrzunehmen. Für die 200 Millionen Goldrubel, die die Sowjetregierung der kommunistischen Auslandsagitation im Jahre 1924 zur Verfügung gestellt hat, will sie auch „revolutionäre“ Taten sehen. Daher ist es Zweck und Ziel der kommunistischen Agitation, den rußlandfeindlichen Regierungen innerpolitische Schwierigkeiten zu bereiten. Die Finanzierung dieser im Interesse Mostaus liegenden bolschewistischen Propaganda wird sofort aufhören, wenn Rußland seine außenpolitischen Ziele — Anerkennung der Sowjetregierung, Abschluß von Handelsverträgen usw. — erreicht hat. Der „Rubel auf Reisen“, der unter der Jarenregierung wie unter der Sowjetherrschaft die Aufgabe hatte und noch hat, Unruhen anzustiften und die wahren Absichten der jeweiligen russischen Regierung zu verschleiern, wird dann seine Auslandsreisen wohl gleichfalls einstellen. Es ist also damit zu rechnen, daß die die kommunistischen Rassen speisenden russischen Geldquellen in dem Augenblick versiegen werden, in dem Mostau seinen Willen durchgesetzt hat. Wohl oder übel werden dann die deutschen Kommunisten auch aufhören müssen, den Arbeitern Potemtschke Dörfer vorzugaukeln. Da die Leidtragenden der russischen Politik stets die Arbeiter waren, wäre das Ende jeder kommunistischen Arbeiterverheerung nur zu begrüßen. Den deutschen Textilarbeitern aber rufen wir angesichts des vorstehend Gesagten mahnend und warnend zu:

Seid auf der Hut! Geht nicht den kommunistischen Rattenfängern ins Garn. Lehnt es ab, Kommunisten auf die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten zur Betriebsratswahl zu setzen. Gebt keine Stimme den von den Kommunisten aufgestellten Gothaer Vorschlagslisten. Auf die Vorschlagslisten unseres Verbandes dürfen nur Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale kommen. In jedem Betrieb muß eine Betriebsvertretung gewählt werden. Jeder Textilarbeiter, jede Textilarbeiterin muß zur Wahl gehen. Keine Stimme darf uns verloren gehen. Es gilt diesmal, den Vorschlagslisten des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu einem glänzenden Siege zu verhelfen. Durch Kampf zum Sieg! Für die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Die Entwicklung der deutschen Textilarbeiterorganisationen von 1914 bis 1924.

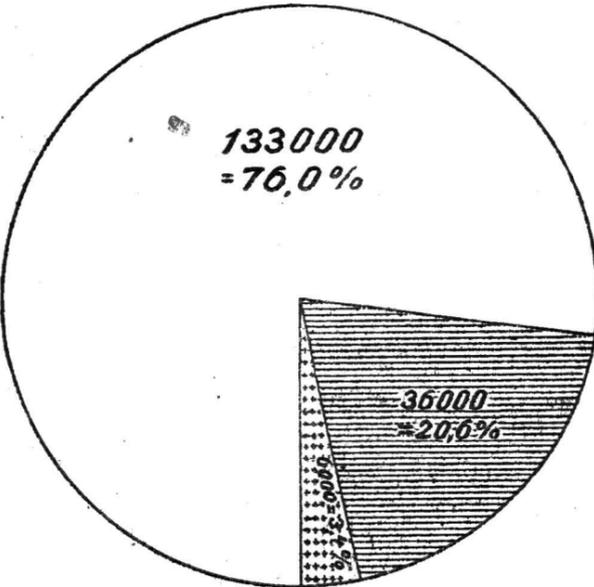
Die deutschen Textilarbeiterorganisationen, die, wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt, nach der Novemberrevolution 1918 einen gewaltigen, noch nie gekannten Aufschwung nahmen, haben in den letzten zwei Jahren eine nicht zu unterschätzende Krise durchgemacht. Die Inflation war die Verheerendste Auswirkung wurde auch den Gewerkschaften zum Verhängnis. Aber nicht allein durch die Inflation wurden die Gewerkschaften geschwächt, der erbitterte, mit allen Gemeinheiten einsetzende Kampf der unter dem Befehl Moskaus stehenden deutschen Kommunisten schädigte die Organisation gewaltig. Nur zähester Aufopferung der Verbandsleitungen ist es zu danken, daß das doch so stolze Baumwerk der deutschen Gewerkschaftsbewegung erhalten blieb. Das schon höhnisch lächelnde Gesicht des deutschen Unternehmers, der da glaubte, die gewaltigen Arbeiterorganisationen wären erledigt und schon wähnte, seine uneingeschränkte Herrscherzeit sei wieder angebrochen, verfinsterte sich bald wieder. Die deutschen gewerkschaftlichen Organisationen und vor allen Dingen auch der Deutsche Textilarbeiterverband haben die Krise unter Anspannung aller Kräfte überstanden. Es ist dies ein Beweis dafür, daß das Rudel des Verbandschiffes in geschickte Hände gelegt war und noch ist und daß der gewerkschaftliche Gedanke tiefe Wurzeln in den Reihen der deutschen Textilarbeiterschaft trotz Alledem geschlagen hat.

Richtig ist zweifellos, daß ein ganzer Teil der Mitglieder unserer Organisation den Rücken gekehrt hat. War es auch ein Wunder, daß es so kam? O nein! Viele Tausende haben sich nie mit den gewerkschaftlichen Problemen eingehend befaßt, sondern haben ihren Verband nur als Lohnbewegungsmaschine und gutes Zinsinstitut betrachtet. Es war vorauszu sehen, daß dann, wenn einst wieder stabile Verhältnisse eintreten würden und die sich während der Inflationszeit erst in längeren Perioden, dann monatlich und zuletzt wöchentlich notwendig machenden Lohnverhandlungen und damit verbundene Lohnhöherungen nicht mehr ermöglichen ließen, ein ganz Teil Kollegen und Kolleginnen dem Verbands die Treue brechen würde. Um so mehr deshalb, weil es uns wie auch allen übrigen Verbänden aus Mangel an Zeit gar nicht möglich war, all die Massen der neu hinzutretenden Mitglieder zu schulen und zu bilden und sie zu überzeugten Gewerkschaftern zu erziehen.

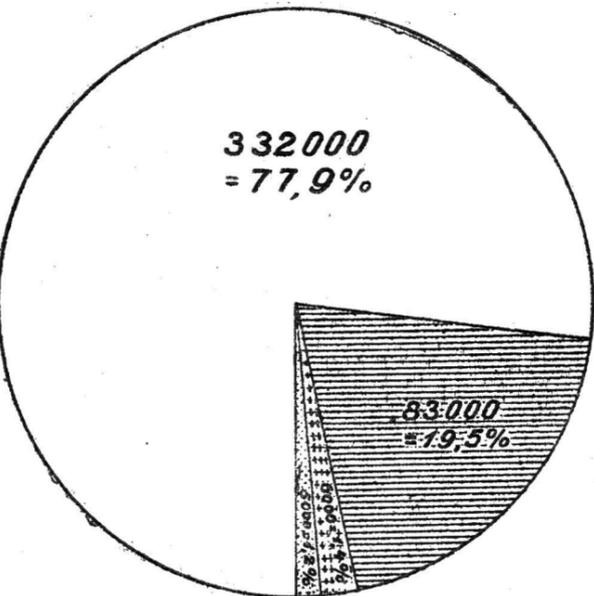
Die Entwicklung der Textilarbeiterverbände ergibt sich aus den Mitgliederzahlen von 1914 und 1924. Diese zehnjährige Entwicklung erseht man am besten durch nachstehende Schaubilder.

Den einzelnen Organisationen gehörten an:

I. Im Juni 1914:



Es hatten sich demnach im Juni 1914 76 Proz. der organisierten Textilarbeiterschaft in unserer Organisation zusammengefunden, während sich im Christlichen Textilarbeiterverband 20,6 und im Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein 5,4 Proz. aller Organisierten vereinigten. Nachstehende Tabelle zeigt die Mitgliederzahlen im Dezember 1924.



Unser Anteil an der Gesamtzahl der organisierten Textilarbeiterschaft beträgt demnach noch immer 77,9 Proz., Christlicher Verband 19,5 Proz., Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein 1,4 Proz. und die linksradikalen Splittlerorganisationen 1,2 Proz. Die Splittlerorganisationen haben nicht vermocht, besondere Erfolge zu erringen. Nicht allein, daß es ihnen nicht gelungen ist, trotz wilder Kampfweise, die den Boden der Sachlichkeit — auf dem eigentlich Meinungskämpfe ausgefochten werden sollen — verlassen hat, ihren Mitgliederbestand zu heben, sie haben im Gegenteil noch Verluste erlitten. Angesichts dieser Tatsachen braucht man nicht verwundert zu sein, daß sie jetzt versuchen, die Gewerkschaften und auch unseren Verband von innen heraus zu zerstören. Man will eindringen in unser Haus, um es zu dem seinigen zu machen. Dieser Versuch wird fehl schlagen. Er ist bisher gescheitert an dem gesunden Sinn unserer Mitglieder und wird auch fernerhin zu scheitern. Die Casseler Generalversammlung unseres Verbandes hat ihr Urteil über diese Schändlinge der Arbeiterchaft gesprochen. Der kommunistische Spuk innerhalb unserer Organisation ist gebannt. Die deutsche Textilarbeiterschaft hat erkannt, daß auch heute noch, wie immer, im Deutschen Textilarbeiterverband ihre Interessen am besten gemacht werden. Oberstehende Aufzeichnungen beweisen es jedem einzelnen am deutlichsten.

Aufgabe aller innerhalb unserer Organisation wird es sein, an der Rückgewinnung der Mitglieder, die uns in schwerster Zeit, zu ihrem eigenen Schaden, den Rücken gekehrt haben, nach Kräften mitzuwirken. Der Deutsche Textilarbeiterverband steht heute fester da als je. Seine Kassenverhältnisse sind sanfter. Sein Kampffonds ist gestärkt. Seine Mitgliederzahlen sind in aufsteigender Linie begriffen. Selbe darum ein jeder mit, daß er, wie schon immer, das feste Bollwerk der Textilarbeiterschaft, an dem der Herrscherwille der Textilmagnaten zerbrechen wird, bleibt.

Hinweg mit dem Kampf in den eigenen Reihen! Hinweg mit dem kommunistischen Spuk! Befehnt euch zur praktischen Gewerkschaftsarbeit, weilt von euch die radikalen Parolen nach Moskauer Diktat. Hinweg auch mit den neuauftauchenden „Baterländischen Wertvereinen“. Hinweg mit den offenen und verdeckten Steigbügelhaltern des Unternehmers! Kollegen und Kolleginnen! Der weitaus größte Teil des organisierten Textilproletariats ist mit euch vereint! Aber Tausende sind für uns noch zu gewinnen. Frisch ans Werk, aufklärend zu wirken überall dort, wo es notwendig ist. Schon geht es aufwärts! Der Sieg wird und muß uns doch bleiben!

Berichte aus Fachreisen.

Eibenstock. Der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Eibenstock, feierte am 14. Februar 1925 im Deutschen Haus die Feier seines 25. Stiftungsfestes. Der Besuch war sehr gut. In der Ansprache des Kollegen Bahstübner waren treffende Worte enthalten, die sich alle Kollegen und Kolleginnen zum Vorbild nehmen und Unzufriedenen sowie Fernstehenden ein Ansporn sein sollten, fester denn je zur Organisation zu stehen. Als besonderes Zeichen des festen Bandes, das die Organisation mit den Mitgliedern verbindet, war das Jubiläum des Kollegen Lorenz, der an dem Tage das fünfundsiebzigjährige Jubiläum als 1. Vorsitzender feiern konnte. Kollege Gläß dankte dem Jubililar im Namen der Mitgliedschaft für die Treue, die der Kollege der Organisation gehalten hat, in guter wie in schlechter Zeit. Sein Beispiel sollte alle Kollegen und Kolleginnen zu eifriger Mitarbeit im Verband und zum Besten aller Textilarbeiter anfeuern. Dem Jubililar wurde für seine Pflichterfüllung eine Urkunde überreicht. Die Ansprache endete mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband. Der Jubililar dankte den Mitgliedern für die bereitete Freude, verspricht, weiter fleißig mitzuarbeiten, und bittet die Anwesenden, für den Auf- und Ausbau unserer Organisation tätig zu sein. Das Programm kam dann weiter zur Abwicklung und fand guten Anlauf. Sehr schön waren die lebenden Bilder und Reigen unter Mitwirkung des Gefangenen Morgenrot und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Allgemeinen Beifall fand das Kostüm-Duett „Zwei verlassene Italiener“, die erzgebirgischen Lieder zur Laute und der Pferde-Reigen. Allen Mitwirkenden hierdurch besten Dank.

Der Kollege Paul Reichsner feierte am 18. Februar seine fünf- undzwanzigjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Textilarbeiterverband. In immerwährender Pflichterfüllung hat der Jubililar die Interessen des Verbandes bewahrt. Hoffen wir, daß es unserem Kollegen noch lange Jahre vergönnt ist, seine Person in den Dienst der guten Sache zu stellen. Seine Mitkollegen sprechen ihm auch an dieser Stelle herzlichsten Glückwunsch zu seinem Jubiläum aus. Möge seine gewerkschaftliche Treue den jüngeren Kollegen und Kolleginnen ein Vorbild sein.

Friedeberg a. Oels. Die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes feierte am Sonnabend, den 21. Februar, im Saale des Vereinslokals „Gasthaus zum Zillertal“ ihr Stiftungsfest. Schon lange vor Beginn füllte sich der große Saal mit Gästen. Der Vorsitzende, Kollege Thiem, begrüßte die Teilnehmer. Eine Kollegin sprach einen Prolog, und nach diesem hielt ein Kollege die Festrede. In seinen Ausführungen erwähnte er alle, fest zur Organisation zu halten, da uns große Kämpfe bevorstehen. Zum Schluß brachte er ein Hoch aus auf den Deutschen Textilarbeiterverband. Die Freie Turnerschaft von Friedeberg hatte sich für den Abend zur Verfügung gestellt und erfreute die Anwesenden durch ihre hervorragenden Leistungen. Kollege Thiem dankte ihnen durch ein dargebrachtes stürmisches „Frei Heil“. Nun trat der Tanz in seine Rechte, jung und alt schwang das Tanzbein. Nur zu schnell waren die Stunden vergangen, als man sich trennen mußte. Auf dem Nachhausewege hörte man: „Es waren schöne Stunden.“ Aus der ganzen Veranstaltung können wir ersehen, daß in unserer Filiale die Werberarbeit für den Deutschen Textilarbeiterverband auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Hamburg. Ein vorrevolutionäres zeitlicher Textilarbeiter rast seinen früheren Herrschergeist zum Kampf gegen den Deutschen Textilarbeiterverband auf.

Die Firma Conrad Scholz A.-G., Treibriemenfabrik, Hamburg-Barmbeck, Berthastr. 18/20, die im Arbeitgeberverband der Textilindustrie im Niederschlesien, Sitz Hamburg, organisiert ist und daher mit dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg und Umgebung im Tarifverhältnis steht, erlaubt sich in einer recht deutsch-nationalen Art dem Textilarbeiterverband zu verbieten, festzustellen, ob in ihrem Betriebe die tariflichen Vereinbarungen innegehalten und durchgeführt werden. Der nachstehende Brief zeigt deutlich, daß sich die Firma Conrad Scholz in die wilhelminische Zeit versetzt fühlt. Lassen wir ihren Brief an den Textilarbeiterverband folgen:

Hamburg-Barmbeck, den 23. Februar 1925.

C. S. jun., Wl.

In den
Textilarbeiterverband Hamburg,
a. Hd. des Herrn Frauböle,
Hamburg, Besenbinderhof,
Gewerkschaftshaus.

Auf der am 19. dieses Monats in der Wirtschaft von Gustav Kaufe abgehaltenen Versammlung haben Sie unserer Belegschaft erklärt, daß wir einen Teil unserer Arbeiter unter Tarif bezahlten. Diese Behauptung beruht auf Unwahrheit und ersuchen wir Sie, uns umgehend eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß die von Ihnen aufgestellte Behauptung nicht auf Wahrheit beruht, andernfalls wir uns vorbehalten, wegen dieser Verleumdung weitere Schritte zu ergreifen. Ferner haben Sie in der Versammlung als Agitationsmittel, damit die Leute wieder in Ihre Gewerkschaft kommen, von einer Ausspernung bzw. einem Streik am 1. oder 15. April gesprochen. Der Streik wurde Ihrerseits damit begründet, daß wir Arbeitgeber um diese Zeit den Jehnstantentag verlangen wollten. Diese Behauptung ist ebenfalls unwahr, da von einer Abänderung des bisher bestehenden Tarifes in Arbeitgeberkreisen nichts bekannt ist. Ebenfalls hat in dieser Erklärung zu stehen, daß von einem Jehnstantentag bisher in sämtlichen Verhandlungen nie die Rede gewesen ist.

Das sozialdemokratische Schlagwort von Freiheit und Gleichheit wird von Ihnen als sozialdemokratische Gewerkschaft mit Füßen getreten, indem Sie unsere Belegschaft auf Grund unwahrer Behauptungen und unnötiger Verheißung wieder zwingen wollen, in die Gewerkschaft einzutreten.

Wir verbitten uns ganz energisch ein derartiges Aufheben unserer Belegschaft.

Sollten wir einen Ihrer Vertreter nochmals vor unserer Fabrik mit Verteilung derartiger Flugblätter auffinden, werden wir schon geeignete Wege finden, daß dieses unterbleibt.

(Stempel)

Conrad Scholz A.-G.,
A. B. Scholz j.

Der Inhalt obigen Briefes beweist, mit wem man zu tun hat. Hier trifft es zu: „Sage mir wie du heißt, und ich sage dir wer du bist.“ Wir wollen den Inhalt heute auch nicht weiter zerpflücken und widerlegen, weil wir wissen, daß der Gewährsmann der Firma durchaus daneben berichtet hat. Aber eins möchten wir der Firma verraten, daß wir bei Einberufung unserer Versammlungen nicht

von ihrem Zugeständnis abhängig sind und die Bekannmachung derselben nach unserer Art, trotz aller ihrer Drohungen, befragen werden. Paul Frauböle.

Friedland. Die Filiale Friedland veranstaltete vom 1. bis 14. Februar eine Werbemache, welche folgendes erfreuliche Resultat ergab: Es wurden 40 weibliche und 16 männliche Mitglieder neu für den Deutschen Textilarbeiterverband gewonnen. Die Agitation wurde in den Betrieben vorgenommen und ohne jeglichen Zwischenfall durchgeführt. Dieses Beispiel verdient der Nachahmung. Wir würden uns freuen, wenn auch andere Orte die Initiative zur gleichen Arbeit und mit gleichem Erfolg ergreifen.

Neugersdorf. Die am 14. Februar 1925 im Rußbaum abgehaltene Generalversammlung unserer Filiale erfreute sich eines guten Besuchs; anwesend waren auf je 100 Mitglieder ein Delegierter, zusammen 42 männliche, 18 weibliche und 4 Angestellte. Die reichhaltige Tagesordnung bemeisterte man in 6 Stunden bei größter Sachlichkeit. Bis zum Schluß der Versammlung herrschte eine angenehme Ruhe und peinlichste Aufmerksamkeit, so daß wohl jeder der Anwesenden aus den gemachten Ausführungen mit dem Jahresabluß 1924 neuen Mut und Bebenkraft für das neue Jahr 1925 schöpfte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt man der im verflohenen Jahre verstorbenen Kollegen und Kolleginnen, im besonderen des langjährigen Vorsitzenden der Filiale Richard Gocht und ehrt die Versammlung dieselben durch Erheben von den Plätzen. Zum 1. Punkt: Geschäftsbericht, spricht Geschäftsführer Heinrich Richter in sachlicher und eingehender Weise über den schweren Kampf, den der Verband führen mußte, nur um das Notwendigste zum Leben für unsere Mitglieder zu erreichen. Bedeutend leichter würden wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern können, wenn nicht ein so bedeutender Prozentsatz in beklagenswerter Gleichgültigkeit dahingevegetierte. Unsere Aufgabe müsse es sein, aber auch diese Indifferenten, die im Herbst 1923 durch die bekannten K.P.D.-Parolen in den Verein der Unorganisierten getrieben wurden, davon zu überzeugen, daß nur vereinte Kraft zum Ziele führt. Ganz besonders wies der Redner darauf hin, daß gerade die unorganisierte Arbeiterchaft, wenn sie in Differenzen mit dem Arbeitgeber komme, ohne Vertretung ist und ihrer oftmals hohen Ansprüche verlustig geht. Sehr oft kommt es vor, daß Unorganisierte in ihrer Ratlosigkeit ins Verbandsbüro kommen und uns ersuchen, für sie einzutreten, was wir aber ablehnen müssen. Im verflohenen Berichtsjahr hatten wir sieben Beschwerdefälle wegen Nichterhaltung tarifvertraglicher Bestimmungen vor dem Tarifausschuß. Zwanzig Fälle machten wir anhängig bei dem Gewerbe- und Arbeitsgericht. Hier sind beachtliche Beträge für die organisierte Kollegenschaft herausgeholt worden. Durch den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen errachten wir eine Erhöhung um durchschnittlich 20 Proz. Es sieht aber fest, so minimal diese Verbesserung auch ist, ohne Verband und klassenbewußte Arbeiterschaft, die sich dafür einsetzte, hätte die Textilarbeiterschaft heute noch die Löhne wie zu Anfang des Berichtsjahres. Die Unorganisierten scheuen sich also nicht, die Früchte ihrer kämpfenden Arbeitsgenossen mit einzustehen. Deshalb muß es immer unser Bestreben sein, diese Leute auf ihre verwerfliche Handlungsweise aufmerksam zu machen. In diesem Jahre haben wir in Neugersdorf zu unseren Mitgliedern in 197 Versammlungen verschiedenartiger Art und 166 Sitzungen über 33 verschiedene Themen gesprochen und versucht, das Wissen unserer Funktionäre und Mitglieder zu bereichern. Auch in der Jugend- und Frauenbewegung herrschte regste Tätigkeit. Zur Weiterbildung unserer Funktionäre hatten wir vom 30. August bis 1. September einen dreitägigen Kursus über Rechtschreiben, Sprachlehre, Stilkunde und Literaturgeschichte mit Kollegen Nielisch als Lehrer arrangiert, an dem 6 Kolleginnen und 26 Kollegen teilnahmen. Es war dies das erste Mal, wo wir funktionären Gelegenheit boten, durch Unterricht während der Tageszeit ihr Wissen zu vervollkommen. Einen weiteren Tageskursus, veranstaltet vom Arbeiterbildungsausschuß von Neugersdorf, in der Zeit vom 22. bis 24. November besuchten auf Beschluß der Ortsverwaltung 5 Kolleginnen und 19 Kollegen. Als Bebrer fungierte Genosse Dr. Stern und behandelte das Thema „Klassenkampf und Massenaktion“. Die Verbandsgeneralversammlung wurde von 5 Delegierten besucht. In der Gaukonferenz am 31. Mai bis 1. Juni nahmen 7 Personen teil. Der Reichsbetriebsratkonferenz in Görtlich legte die Ortsverwaltung besonderes Gewicht bei, indem sie diese mit 3 weiblichen und 10 männlichen Betriebsräten besetzte. Der Kassierer Alwin Venker gab darauf folgenden Kassienbericht:

Die Einnahmen belaufen sich im Jahre 1924 auf zusammen 129.084,71 M., die Ausgaben auf zusammen 122.110,87 M. Es verbleibt ein Kassenbestand von 6.974,84 M. am Schluß des Jahres 1924, während der Kassenbestand am Jahresabluß 1923 881,75 M. betrug. Interessant ist der Aufstieg, den der Durchschnittswert der entnommenen Marken in den 4 Quartalen hatte. 1. Quartal 28,4 Pf., 2. Quartal 36,8 Pf., 3. Quartal 40,7 Pf., 4. Quartal 42 Pf. Während sich ein Teil Textilarbeiter in behaglicher Gleichgültigkeit wiegt und den Kampf um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen der klassenbewußten Arbeiterschaft überläßt, steigern letztere ihren Opfermut durch höhere Beitragseistung. Sie sind sich dessen bewußt, daß eine Verbesserung ihrer mitleidigen Lage nur durch finanzielle Stärkung der Verbandskasse zu erreichen ist. Die Einnahme setzt sich aus 650 Abrechnungsposten mit den Unterkassierern und 80 Posten sonstiger Einnahmen zusammen, die Ausgabe posten im Hauptkassenbuch aus 75, im Lokalkassenbuch aus 1780 Eintragungen. Durch die Wiedereinführung der Unterstützungseinrichtungen machten sich im 3. und 4. Quartal 706 Auszahlungen im Betrage von 6285,20 Mark nötig. Von den Revisoren gab der Kollege Flammiger den Revisionsbericht und beantragte Entlastung des Kassierers, was einstimmig geschah. Ueber die Tätigkeit der Geschäftsleitung hatte die Versammlung Mängel oder Beschwerden nicht vorzubringen. Nur über den Artikel in Nr. 5 des „Textilarbeiters“ (Bildungskursus betreffend) setzte von Seiten der anwesenden Teilnehmer eine scharfe Kritik ein. In einer Resolution gab man seinem Unwillen gegen diese Schreibweise kund und man ist heute noch derselben Aufassung, daß die für diesen Kursus ausgegebenen Gelder nutzbringend für die Teilnehmer angewandt waren. Zum 2. Punkt: Beschlußfassung über Veränderung des Ortsstatuts referierte Kollege Emil Viebig in vortrefflicher Weise. Er begründete in eingehender und sachlicher Art die Neubearbeitung unseres Ortsstatuts, indem er die einzelnen Paragraphen erläuterte. In der sich daran anschließenden Debatte, wo einige kleine Änderungen vorgenommen wurden, erklärte man sich mit diesem Entwurf einverstanden. Zur Hausagitation und Einführung der Hauskassierung als 3. Punkt der Tagesordnung wurden vom Kollegen Max Hellrich praktische Vorschläge und Richtlinien der Versammlung vorgelegt. Vor allem soll von jedem Textilarbeiter ein ihm in nächster Zeit zugehender Fragebogen gewissenhaft und pünktlich ausgefüllt werden. Desgleichen glaubt die Verwaltung, durch die Einteilung eines jeden Dries in Agitationsbezirke und Befehung derselben durch Agitationskommissionen, regste Anteilnahme der Mitglieder an den Aufgaben des Verbandes zu wecken. Aus der sich an das Referat anschließenden lebhaften Debatte war zu hören, daß alle sich daran Beteiligten von dem festen Willen besetzt waren, praktische Agitationsarbeit im neuen Geschäftsjahre zu leisten. Es wäre nur erwünscht, daß jedes einzelne Mitglied der hohen Aufgabe, die sich die Verwaltung im Interesse der gesamten Textilarbeiter gestellt hat, bewußt würde und seine Mitarbeit zur Verfügung stellt. Nur so wird es möglich sein, vorwärts zu kommen. Zur Gaukonferenz wurde, da eine Delegierte ihr Mandat nicht ausüben kann, die Kollegin Emma Lippmann aus Neugersdorf als Delegierte, die Kollegin Anna Scholz aus Ebersbach als Ersatz gewählt. Der Vorsitzende Max Gocht gibt am Schluß der Versammlung noch bekannt, daß am Sonnabend, dem 28. Februar, in der Wackelbente ein Winterergänzen, bestehend in Konzert und Vorträgen der Frau Wackelbente, mit darauffolgendem Tanz stattfindet und erwartet rege Beteiligung.

Verlag: Carl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drexler in Berlin. — Druck: Borntrags-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.